

zeichen

Nr. 3 September 2005

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.

3

**Debatten um Fundamentalismus
und Parallelgesellschaften**

Zeichen

Liebe Leserin, lieber Leser,



Christian Staffa,
ASF-Geschäftsführer

dieses Heft ist der Frage nach Fundamentalismus und Parallelsellschaften gewidmet, zwei Themen, die seit dem 11. September 2001 nicht nur in Deutschland die Debatten beherrschen. Es sind enorm schwierige Debatten, weil hier so viele geschichtlich gewachsene Bilder einfließen und weil berechtigte Ängste vor menschenverachtenden Anschlügen, wie in Madrid oder London, teilweise irrationale Gegenstrategien befördern. Es erreichen uns besorgte Anfragen von Überlebenden aus Israel, die mit solcherart Anschlügen schon lange konfrontiert sind, was denn in Deutschland und in Europa gegen »die Islamisten« unternommen werde und ob wir auch nicht das antisemitische Gewaltpotenzial unterschätzen, das von einem sich abschließenden, gewaltbereiten Teil der islamischen Gemeinschaft ausgehe.

Andererseits wird in Deutschland suggeriert, dass wir wegen unseres angeblichen deutschen Schuldcomplexes immer viel zu freundlich zu den muslimischen Einwanderern waren und ihnen nicht genug Anpassung abgefordert hätten, so der brandenburgische Innenminister Schönbohm kürzlich wieder einmal im Fernsehen. Das spricht der Realität Hohn, weil der Willkommensgruß der deutschen Gesellschaft an die »Gastarbeiter« doch wenig herzlich ausgefallen ist. Auch vom Schuldcomplex der Deutschen ist wenig für uns zu spüren, wenn dann eher in Schlusstrichforderungen bezogen auf die leidige NS-Geschichte und Feindseligkeiten gegenüber Fremden. Außerdem hören wir immer deutlicher die Stimmen, die zu wissen glauben, dass der Islam aufklärungsresistent und uneuropäisch sei, weshalb auch die Türkei aus mehr als nur geographischen Gründen nicht in die »christliche« EU gehöre. Dass diese christliche Grundlage durchaus mörderische Züge hatte, die nun an der anderen Seite festgestellt

werden, wie wir es zum Beispiel in einem Kinderlied Martin Luthers hören können, bleibt unerwähnt: »Erhalt uns, Herr, bei deinem Wort und steur den Papst und Türcken Mord«. Stellen wir Luther Heinrich Heines berühmtem Kommentar zum Fall Grenadas »wo man Bücher verbrennt, verbrennt man am Ende auch Menschen« ge-



Zwei Kinder mit migrantischen Hintergrund bei einem Stadtteilstell im August 2005 in Berlin-Schöneberg

genüber, sehen wir schon, dass wir es mit sehr unterschiedlichen Perspektiven zu tun haben. Ist für den einen der Islam eine Bedrohung der Christenheit, ist für den anderen der Islam ein Stück Zivilisationsgeschichte.

Dieses komplexe Feld wird nun für die gegenwärtige Situation dankenswerterweise von Cem Özdemir und Eberhard Seidel für Deutschland beschrieben und mit einem Plädoyer für mehr echten Dialog und mehr Wissen sowie gegen Stigmatisierung verbunden. Dabei gilt es, wie Hans-Helmut Kohl für Frankreich beschreibt, die Gefahr einer sich nicht mehr dem demokratischen Konsens verpflichteten fühlenden Teilgruppe einer Gesellschaft ernst zu nehmen und sich dem entgegenzustellen, wie es Frankreich mit dem Kopftuchverbot getan hat. Dass dies nicht einfach

auf andere Länder zu übertragen ist, sehen wir an Großbritannien, wo eben selbst Staatsdienenrinnen das inkriminierte Kleidungsstück tragen dürfen. Uns war wichtig, auch unsere Freiwilligen nach ihren Eindrücken zu befragen, weil es in unseren Gastländern im Umgang mit dieser Frage große Unterschiede gibt, wie sich an der – auch staatlich abgestützten – Form des Anti-Islamismus in Russland und den gesellschaftlichen Prozessen in Folge des Van-Gogh-Mordes in den Niederlanden zeigt.

Dialogfähig sind wir, wenn wir selbst ein Fundament haben, wie Joachim Rasch schreibt, ohne dieses Fundament absolut zu setzen. Das erlaubt uns dann auch, unsicher zu sein, Gefahren zu sehen und bei Gegenstrategien trotzdem die Menschenrechte zu achten. Dialogfähig sind wir, wenn wir die geschichtlichen Fundamente unserer Beziehungen in den Blick nehmen, wie ASF es im Projektbereich Interkulturalität versucht.

Bei der Suche nach tragenden Fundamenten haben uns Menschen begleitet, wie Frère Roger und Professor Walk, von denen wir Abschied nehmen mussten und andere, wie Friedrich Magrius und Lothar Wittkopf, denen wir einen herzlichen Glückwunsch, ein Dankeschön und ein »sei gesund« zurlufen.

Mit diesem Ruf und der Bitte um Ihre weitere Unterstützung grüße ich Sie herzlich in der Hoffnung, dass wir innen wie außen mehr Schritte zu Frieden und Versöhnung machen werden,

Ihr und cuer


Christian Staffa

Fundamentalistische Gesinnungen finden sich überall dort, wo Menschen ihre Weltanschauungen nicht nur mit absolutem Wahrheitsanspruch vertreten, sondern sich auch einem Dialog und einer kritischen Selbstreflexion verweigern. Dabei sind in der Regel nicht die Weltanschauungen per se fundamentalistisch, sondern ihre Auslegung und Praxis.

So gibt es in den Vereinigten Staaten eine Strömung des Chris-



tentums, die gegen Darwins Evolutionslehre kämpft. Diese »Kreationisten« verlangen, dass Darwins Lehre aus den Lehrplänen des Biologie-Unterrichts gestrichen wird. Fundamentalistische Mormonen rechtfertigen die Polygamie und eine diskriminierende Behandlung von Frauen aus dem christlichen Glauben. Und in Paderborn weigern sich fundamentalistische Baptisten aus religiösen Gründen, ihre Kinder auf eine öffentliche Schule zu schicken, weil dort zu freizügig über Sexualität gesprochen werde. All diesen Gruppen ist gemeinsam, dass sie die reine und einzig wahre Auslegung einer Religion für sich beanspruchen und auch jeden Kompromiss ablehnen.

Die Beispiele zeigen, dass Fundamentalismus nicht auf den Islam beschränkt ist. Es gibt einen islamischen, christlichen oder jüdischen Fundamentalismus ebenso wie einen politischen Fundamentalismus. Die Grenzen zwischen Religion und Politik sind dabei oftmals fließend, da zumin-

dest ein Teil der religiös motivierten Fundamentalisten auch die Errichtung einer bestimmten, totalitären Gesellschaftsordnung im Auge haben.

Nichtsdestotrotz gibt es auch unter Fundamentalisten einen folgenreichen Unterschied. In einer

Demokratie ist es bereits heikel, wenn Gruppen sich einem offenen Austausch von Argumenten prinzipiell verschließen, zu keinerlei Kompromissen bereit sind oder gar die Verfassung missachten, um ihrer Weltsicht Geltung zu verleihen. Allerdings leiten nicht alle aus der angeblichen Unantastbarkeit ihrer Weltsicht auch die Legitimität ab, ihre Gesinnung mit Gewalt durchzusetzen. Die Bereitschaft zu terroristischen Anschlägen zeigt sich derzeit vor allem beim islamischen Fundamentalismus. Und diese Attacken haben eine neue, selbst im Terrorismus bislang nicht bekannte zerstörerische Dimension angenommen, wie erst kürzlich wieder die Bombenanschläge von London gezeigt haben.

Dieser islamische Fundamentalismus stellt für Deutschland und Europa eine besondere Herausforderung dar. Denn im Visier dieser Fundamentalisten steht die westliche Welt und damit der säkulare Staat, Menschenrechte, Demokratie, Individualis-

Wissen und mehr Dialog

Dem Fundamentalismus entgegentreten, aber den Islam zivilgesellschaftlich verankern

mus und ein Pluralismus der Lebensentwürfe. Zugleich leben in Europa mittlerweile geschätzte 15 Millionen Muslime, davon etwa 3,2 Millionen in Deutschland – und spätestens seit den Anschlägen von New York und Washington wird die Integration der Muslime von der Öffentlichkeit kritisch hinterfragt.

Auch in Deutschland leben islamische Fundamentalisten. Demokratische Muslime sind angehalten, sich in ihrem eigenen Interesse von ihnen eindeutig zu distanzieren. Zum anderen sollte die Öffentlichkeit nicht den Fehler begehen, Muslime kollektiv des Fundamentalismus und Terrorismus zu verdächtigen und dabei einen künstlichen Gegensatz zwischen »Deutsch-Sein« und »Muslim-Sein« heraufzubeschwören.

Zweifelloser bedarf die Integration der Muslime in Deutschland einer kritischen Betrachtung – doch zuallererst gilt das für ihre Situation auf dem Arbeitsmarkt und im Bildungsbereich. Nimmt man etwa türkische Migranten, die den Großteil der Muslime hierzulande ausmachen, stellen wir eine überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit und einen viel zu hohen Anteil von Jugendlichen ohne Schulabschluss fest. Jede Debatte um Integration sollte sich daher immer auch um die Frage drehen, wie die Bildungschancen der Kinder aus Arbeiterfamilien und solcher aus Migrantenfamilien verbessert werden können, damit sie ihren Platz in der Gesellschaft finden und anderen wiederum als positives Vorbild dienen können. Diskutiert werden sollte auch eine aktivere Demokratieverziehung muslimischer Jugendlicher, die in einem schwierigen sozio-ökonomischen Umfeld aufwachsen, um so jeder Radikalisierung entgegenzuwirken. Mitunter muss diese Erziehung auch »gegen« die Elternhäuser erfolgen. Der Ethnologe Werner Schiffauer erinnert zudem daran, dass sich in islamistischen

Straßenszene in Berlin-Neukölln: Parallel, Multikulti oder ganz normal?



Cem Özdemir, 39 Jahre, Dipl. Sozialpädagoge, ist seit 2004 Mitglied des Europäischen Parlaments für die Fraktion Die Grünen/Freie Europäische Allianz, von 1994–2002 Mitglied des deutschen Bundestages für Bündnis 90/Die Grünen.

Organisationen nicht nur Unterprivilegierte, sondern gerade auch die besonders gut ausgebildeten Jugendlichen fänden, die sich von der Mehrheitsgesellschaft abgelehnt und nicht anerkannt fühlen.

In Deutschland wurde in den vergangenen Jahren viel über Parallelgesellschaften diskutiert und der angebliche Relativismus der multikulturellen Gesellschaft beklagt. Die multikulturelle Gesellschaft mag für manche tatsächlich ein normatives Statement sein. Gleichzeitig ist sie jedoch zuallererst eine Zustandsbeschreibung weiter Teile Deutschlands. Die Frage ist daher nicht, ob die multikulturelle Gesellschaft gescheitert ist, sondern wie Deutschland und andere europäische Staaten ihre de facto multikulturellen und multireligiösen Gesellschaften auf Grundlage ihrer Verfassungen jeweils gestalten – auf lokaler Ebene, in den Behörden, den Schulen, im Berufsleben.

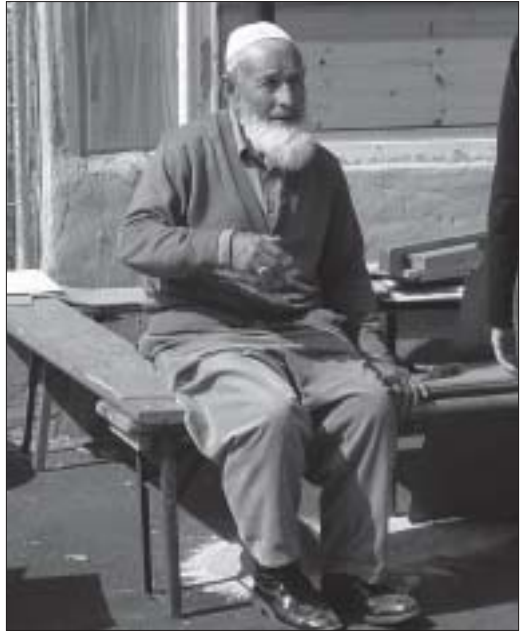
Doch was meint der Begriff der Parallelgesellschaften überhaupt? In Deutschland sind die Viertel, in denen viele Migranten leben, etwa Berlin-Kreuzberg, ethnisch gemischt. Es existieren weder Ghettos noch Parallelgesellschaften mit eigenen quasiautonomeren Strukturen, geschweige denn einem eigenen Gewaltmonopol. Vielmehr handelt es sich bei der Wortschöpfung um einen populistischen Begriff, der suggerieren möchte, dass eine Mehrheit der Migranten sich von vornherein bewusst abschottet – soziale und ökonomische Faktoren werden dabei völlig ausgelendet.

Sicher gibt es in allen Einwanderungsländern auch Fälle von Abschottungen, in denen Migranten bewusst Beziehungen zu Einheimischen oder zentralen Institutionen der Gesellschaft verweigern. Es sollte allerdings nicht der Fehler gemacht werden, kulturell-essentialistisch zu argumentieren und dabei wichtige soziale und ökonomische Faktoren außer Acht zu lassen. Andererseits darf nicht der Fehler begangen werden, aus falsch verstandenem Multikulturalismus jegliche Form der kulturellen und religiö-

sen Praxis gutzuheißen, die etwa zu Zwangsehen und Ehrenmorden führen. Entscheidend ist vielmehr, dass wir endlich erkennen, dass es zum Zusammenleben der Kulturen und Religionen keine Alternative gibt.

Das gilt nicht nur für Deutschland, sondern auch für andere europäische Staaten wie Frankreich oder Großbritannien, in denen ebenfalls viele Muslime leben. Diese Staaten zeigen, dass im Umgang mit Muslimen durchaus unterschiedliche Wege gegangen

– denn dort vollzieht sich Integration und Partizipation – den Dialog suchen. Insbesondere müssen die demokratischen muslimischen Organisationen anerkannt und gestärkt werden, da sie den direkten Zugang zur muslimischen Bevölkerung haben und auf diesem Wege vieles erreichen können. Die Muslime wiederum sollten sich gerade in Deutschland bemühen, bei wichtigen Angelegenheiten mit einer Stimme zu sprechen – ohne dabei zwangsläufig ihren Pluralismus



Alles Fundamentalisten? Ein alter muslimischer Mann in Berlin-Kreuzberg

werden können. Während Frankreich nicht nur Lehrerinnen, sondern auch Schülerinnen das Tragen eines Kopftuches verbietet, kennt Großbritannien keine entsprechende Maßnahme. Selbst Polizistinnen dürfen dort ein Kopftuch tragen. Hier wirken unterschiedliche Traditionen und Vorstellungen über das interreligiöse Zusammenleben.

Doch bei allen Unterschieden trifft eines für alle zu: Sowohl die dort lebenden Muslime als auch die Mehrheitsgesellschaft müssen auf gesellschaftlicher und lokaler

aufgeben zu müssen, der im Islam genauso vorhanden ist wie im Christentum und in anderen Religionen. Der Staat kann Muslime bei der Gründung eines gemeinsamen Dachverbandes unterstützen, denn er benötigt einen Ansprechpartner für die Organisation des islamischen Religionsunterrichts in deutscher Sprache an öffentlichen Schulen und die Ausbildung von Imamen an den Universitäten. Es wäre zudem ein wichtiger Schritt, um den Islam in Deutschland zivilgesellschaftlich zu verankern und Fundamentalismus effektiv zu bekämpfen.

Ein idealer Nährboden für Verschwörungstheorien

Den Debatten um Islamismus und Parallelwelten fehlt es an gesicherten Erkenntnissen

New York - Madrid - Amsterdam - London. Jeder Anschlag islamistischer Terroristen in einer Großstadt des Westens belastet das Verhältnis zwischen Muslimen und Mehrheitsgesellschaft. Daran ändert auch nichts, dass führende Politiker nach den

Moscheen und Wohnungen Haß gepredigt wird. Deshalb könnten sie mehr für die Sicherheit tun als alle Polizeikonzepte.«

Die Forderungen sind richtig und problematisch zugleich. Richtig, weil Terrorismus nicht al-

Forderung präzisieren. Er sollte zumindest wissen, welchem muslimischen Dachverband er welche Verbindung zum internationalen Terrorismus vorwirft. Welche Moschee welchen Propagandisten des Terrors oder Predigern des Hasses und des antideutschen Ressentiments eine Plattform bietet. Und welche Muslime welches Demokratiedefizit erkennen lassen.

Die Forderung, Moscheegemeinden und Muslime sollten uns umfassender über den Extremismus in ihren Reihen unterrichten, führt in



Anschlägen stets versichern, die überwältigende Mehrheit der Muslime in ihren Ländern seien gesetzestreu Bürger.

Spätestens seit den Anschlägen in Madrid und der Ermordung des holländischen Filmemachers Theo van Gogh im November 2004 geraten Muslime massiv unter Druck. Eine besorgte Öffentlichkeit fragt, wie steht es um die Demokratiefähigkeit der religiösen Minderheit? Muslime, so scheint es, sind kein integraler Bestandteil unserer Gesellschaft mehr, sondern ein Sicherheitsrisiko. So brachte die Zeitung *Die Welt* nach den Londoner Anschlägen das Unbehagen vieler stellvertretend auf den Punkt: »Je mehr Attentate es gibt, desto zwingender wird ein klares Bekenntnis der hier lebenden Moslems zu Toleranz, Demokratie und westlicher Rechtsordnung. Das haben viele Moslems nicht begriffen, die in ihren Stadtvierteln islamische Parallelwelten aufziehen. Sie wissen genau, in welchen

lein militärisch und polizeilich bekämpft werden kann. Die Bekämpfung des militanten Islamismus wird in Europa nur gelingen, wenn die Organisationen der Muslime die Auseinandersetzung mit ihm suchen und klarstellen: Terrorismus kennt keine Legitimation. Problematisch ist die Forderung an die »vielen Moslems«, weil sie ihnen eine Mitwisserschaft und einen privilegierten Zugang zu den klandestinen Gruppen islamistischen Terrors qua religiöser Zugehörigkeit unterstellt. Von hier ist es nur ein kleiner Schritt zu Verschwörungstheorien. Schon heute klagen viele säkulare Muslime, für die die Religionszugehörigkeit in der Vergangenheit nicht viel mehr als ein kulturelles Erbe war, dass sie von vielen Deutschen nicht mehr als Bürger des Landes gesehen werden, sondern nur noch auf ein zweifelhaftes Muslim-Sein reduziert werden.

Wer diese Sackgasse vermeiden möchte, der muss seine

die Leere. Zum einen repräsentieren die Moscheegemeinden nicht mehr als ein Viertel der Muslime. Zum anderen sind auch ihre Kenntnisse in der Regel begrenzt.

Da der Islamismus unser aller Problem ist, stellen sich ganz andere Fragen: Warum fanden säkulare Vertreter der Communities, die schon lange vor dem 11. September vor der Entwicklung einer religiös grundierten Radikalisierung warnten, bislang so wenig Gehör? Und warum wurden sie bis in die jüngste Gegenwart von deutscher Seite gerne als »Beton-Kemalisten« denunziert? Eine mögliche Antwort lautet: Bis vor kurzem hat der Islamismus die deutsche Öffentlichkeit nur am Rande interessiert.

Auch heute ist in der Regel nicht Wissen und Aufklärung gefragt, sondern die Pflege liebgewonnener Ressentiments. Mit den aufgeregten Debatten der letzten Monate um Ehrenmorde, das vermeintliche Scheitern der multikul-

EBERHARD SEIDEL

Kinder beim Malen:
Interkulturelles Straßenfest
in Berlin-Schöneberg,
August 2005



Eberhard Seidel ist Geschäftsführer der Initiative »Schule ohne Rassismus« und hat in den letzten beiden Jahren mit über 1000 Jugendlichen zum Thema »Islam und Ich« gearbeitet. Die Auswertung erscheint im Herbst in: Sanem Kleff (Hg.), *Islam im Klassenzimmer*, edition Körber-Stiftung, Hamburg 2005.

turellen Gesellschaft, Zwangsheirat, das Erstarken des Islamismus, den wachsenden Antisemitismus und die Herausbildung brandgefährlicher Parallelwelten wurde ein Stereotyp konstruiert, das wir alle kennen. Es ist jung, männlich, südländisch-muslimisch, gewaltbereit und stellt wesentliche Grundsätze des westlichen Wertekanons in Frage. Als da sind: Gleichberechtigung von Mann und Frau, die Trennung von Staat und Religion, das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung und der Verzicht auf Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele.

Kein Mensch wird abstreiten, dass es real existierende Exemplare dieses Stereotyps gibt. Jeder hat schon ein paar gesehen – in Berlin-Neukölln oder im Fernsehen. Nur in welcher Zahl diese »Spezies« Deutschland bevölkert, darüber wissen wir so gut wie nichts. Sind es hunderttausende, fünfzigtausend oder nur ein paar hundert? Problematisch ist der derzeitige Diskurs nicht zuletzt auch deshalb, weil plötzlich vieles unter dem Label der Religion verhandelt wird, das mit dieser aber nur peripher zusammenhängt. Sprachdefizite, Machoverhalten, kollektives schulisches Versagen, Arbeitslosigkeit und Armut haben zunächst nichts mit Religion zu tun, sondern mit Schichtzugehörigkeit, mit Arbeitsmarkt- und Schulpolitik. Es scheint, als komme Teilen der Mehrheitsgesellschaft die Reduzierung komplexer Fragen auf vermeintlich immanente Wesenszüge einer Religion sehr gelegen. Wer für gesellschaftliche Missstände religiöse Ursachen verantwortlich macht, der braucht nicht mehr lange über Reformen und die Gestaltung sowie Finanzierung einer neuen Politik nachzudenken. Bis-

lang gibt es zu all den aufgeworfenen Fragen neben einer gut geöhlten Empörungsmaschinerie nur relativ wertloses Häufchenwissen. Ja, es gibt Ehrenmorde. Ja, es gibt Muslime, die das für richtig halten. Aber wie viele sind es? Ja, es gibt antisemitische Hetzblätter. Ja, es gibt Hasspredigten in Moscheen. Nur, was sagt das alles aus über die in Deutsch-

Extremisten in den eigenen Reihen zu dulden?

Es ist erstaunlich, mit wie wenig gesichertem Wissen in Deutschland derzeit diskutiert wird. Obgleich der gesellschaftliche Bedarf offensichtlich ist, gibt es bislang so gut wie keine unabhängige Forschung auf diesem Gebiet. Und die Frage drängt sich auf: Will man es vielleicht gar nicht so genau wissen?

Als die Deutschen Ende der 1980er Jahre, Anfang der 1990er Jahre mit einem eskalierenden gewaltbereiten Rechtsextremismus konfrontiert wurden, wussten sie zunächst ebenfalls wenig über diese Form des Alltagsterrorismus in ihrer Mitte. Das hat sich geändert. Dank zahlreicher Forschungsarbeiten, journalistischer Recherchen und Erkenntnisse staatlicher Organe verfügen wir inzwischen über ein recht detailliertes Bild vom Ausmaß und der Heterogenität der Szene. Dieses Wissen ist die Grundlage für geeignete Interventions- und

Präventionsmaßnahmen. Denn die Gesellschaft weiß inzwischen: Der Rechtsextremismus lässt sich nur dann erfolgreich zurückdrängen, wenn ein möglichst differenziertes Instrumentarium zu seiner Bekämpfung entwickelt wird. Terroristischen Kameradschaften muss anders begegnet werden als Parteien wie der NPD oder Jugendlichen, für die der rassistische Flirt möglicherweise nur eine Episode in ihrer Biographie ist. Bei dem einen hilft nur Repression, bei den anderen können gesellschaftspolitische Auseinandersetzungen oder pädagogische Maßnahmen erfolgsversprechender sein. Dieses Know-How ist nun auf das weite Feld des Islamismus und demokratiefeindlicher Tendenzen in diesem Bereich zu übertragen.



Parallelgesellschaft? Satellitenantennen an einem Wohnblock in Berlin-Schöneberg

Als im Juli 2005 das Verwaltungsgericht Straßburg den Schulverweis von elf muslimischen Gymnasiastinnen bestätigte, die sich zum Schuljahresbeginn 2004 weigerten, auf dem Schulgelände ihr Kopftuch abzulegen, berichteten die französischen Medien darüber lediglich in kurzen Meldungen. Eineinhalb Jahre zuvor – »das Gesetz über die Laizität« an Frankreichs Schulen vom 15. März 2004 war noch nicht beschlossen – wehte ein anderer Wind durch die Schlagzeilen. Die arabische Welt stand auf den Barrikaden, und auch aus den USA und von der anderen Seite des Ärmelkanals kamen spöttisch-kritische Anmerkungen zum »Kopftuchverbot«, das im Mittelpunkt des Gesetzesvorhabens stand.

Ausgerechnet in der Wiege der universellen Erklärung der Menschenrechte, im Frankreich der Revolution von 1789, sahen die angelsächsischen Kritiker die Religionsfreiheit nicht mehr gewährleistet, und die muslimische Welt sprach gar von einem Generalangriff auf ihre Glaubensgrundsätze. Im Irak wurden zwei französische Journalisten entführt, und die Geiselnahmer forderten nicht mehr und nicht weniger als die Rücknahme des Gesetzes zum Verbot religiöser Symbole in französischen Schulen. Ein Ansinnen, das von der politischen Klasse des Landes ebenso eindrucksvoll zurückgewiesen wurde wie von der Zivilgesellschaft; besonders nachdrücklich von den Repräsentanten der französischen Muslime.

Die aufgeheizte Stimmung im Lande, der Druck von außen und die lauten Selbstzweifel einer Gesellschaft, die den Verlust des einstigen Kolonialimperiums ebenso wenig verdaut hat wie die ihm folgenden Generationen von Migranten und deren Nachkommen, die auf ein Kernstück der

Der »Kopftuchstreit« in Frankreich

»laizistischen« französischen Republik zielten. Die Trennung von Kirche und Staat, 1905 nach leidenschaftlichen Debatten vom Parlament beschlossen, steht für weite Teile der Gesellschaft gleichrangig neben dem Revolutionsmotto der »Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit«. Sie hat im Unterschied zu den europäischen Nachbarn in Frankreich Verfassungsrang und sichert – neben

schläge, mit staatlichen Hilfen Gebetshäuser einzurichten, abgelehnt, weil sie dem Neutralitätsgebot widersprachen.

So war es nur folgerichtig, dass nach der breiten gesellschaftlichen Debatte das »Kopftuchverbot« beschlossen wurde, jenes »Gesetz zur Durchsetzung der Laizität an öffentlichen Schulen«, das zu Unrecht auf diesen – vor allem in Deutschland populären –



Muslimische Frauen demonstrierten am 15. Dezember 2004 in Paris gegen das Gesetz zur Verbannung von religiösen Zeichen und Symbolen in französischen Schulen.

der staatlichen Neutralität gegenüber den Religionen – vor allem die Gewissensfreiheit des Einzelnen.

Und vor allem: Über das Prinzip des laizistischen Staates herrscht – mit Ausnahme fundamentalistischer Strömungen in der katholischen Kirche und innerhalb radikaler muslimischer Gemeinden – ein breiter gesellschaftlicher Konsens, der weit über die Grenzen der politischen Parteien reicht. Zwar wurde während der Debatte deutlich, dass sich im Unterschied zum Frankreich des Jahres 1905, als das Prinzip gesetzlich verankert wurde, nunmehr 100 Jahre später die religiöse Landschaft sehr viel heterogener darstellt und gerade die Muslime benachteiligt sind, weil sie im Gegensatz zur katholischen Kirche über keine in langen Jahrhunderten aufgebauten Strukturen und Immobilien verfügen. Dennoch wurden Vor-

Kurzbegriff reduziert wird. Eine von Staatspräsident Jacques Chirac eingesetzte Kommission unter Leitung des renommierten Denkers Bernard Stasi hatte zuvor in monatelangen öffentlichen und nichtöffentlichen Anhörungen eine bestürzende Bestandsaufnahme der französischen Wirklichkeit zusammengetragen. Die Philosophen, Soziologen, Lehrer, Theologen und Politiker in der Kommission setzten sich einmütig für ein solches Gesetz ein, nachdem sie erfahren hatten, wie weit inzwischen an den Schulen, aber auch an Arbeitsplätzen und in öffentlichen Verwaltungen, »Parallelgesellschaften« und Gruppeninteressen auf dem Vormarsch waren.

Sie beschrieben jedoch nicht nur den Ist-Zustand mit seinem Druck auf junge Musliminnen, sich zu verschleiern, und mit dem »alltäglichen Antisemitismus«, dem Juden im öffentlichen Leben ausgesetzt sind, wenn sie



Hans-Helmut Kohl, 53 Jahre, ist Frankreich-Korrespondent der Frankfurter Rundschau und lebt in Paris. 1970/71 war er als ASF-Freiwilliger in einem Erziehungsheim in der Normandie tätig. Bis 2003 war er Chefredakteur der FR.

Die »Stasi«-Kommission prangerte auch die Ursache an: Die »faktische Diskriminierung« vor allem junger muslimischer Männer aus den »Banlieues«, den Vorstädten der französischen Metropolen, die allein bei der Nennung ihres Namens und ihrer Adresse jede Chance auf einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz verlieren und deshalb anfällig für die »Preddiger des Hasses« in den Gebetshäusern eben dieser Banlieues sind. Die Anhörungen der Kommission zeigten, dass inzwischen quer durch alle gesellschaftlichen Bereiche, in den Unternehmen, beim Militär, in den Gefängnissen, Krankenhäusern und Schulen des Landes, aber auch an den Universitäten und in den Verwaltungen radikale islamische Gruppierungen Druck ausüben. Und dies nicht nur gegenüber jungen Musliminnen, die als »Huren« beschimpft werden, wenn sie in der Öffentlichkeit auf das Kopfuch verzichten. Auch in den Kliniken und Schwimmbädern Frankreichs entstehen ständig Konflikte, weil Frauen nach Bedrohungen durch ihre Ehemänner oder Brüder Untersuchen durch männliche Ärzte ablehnen oder auf nach Geschlechtern getrennten Bädern bestehen.

Jenseits dieser offen zutage tretenden Auseinandersetzungen aber haben sich unbemerkt in eben diesen Banlieues komplette Parallelgesellschaften etabliert, in denen die Verfechter eines fundamentalistisch agierenden Islamverständnisses die Oberhand gewonnen haben. Der französische Inlandsgeheimdienst »Renseignements généraux« (RG) stellte seine alarmierenden Beobachtungen im Sommer 2004 in einem Bericht für das Innenministerium zusammen. Er beobachtet 630 als »sensibel« geltende Quartiere im Bannkreis französischer Großstädte und konstatierte für 300 dieser Wohnviertel mit einer Einwohnerzahl von 1,8 Millionen Menschen, dass dort »islamistische Traditionen und nicht mehr die Werte der Aufklärung« das Alltagsleben bestimmt.

Dieser »Rückzug in kommunitaristische Gettos« manife-

stiert sich, so der RG-Bericht, »in Gewalttätigkeiten, religiösen Aktivitäten und Beziehungen zwischen den Geschlechtern«, die diese Quartiere immer weiter »vom übrigen Land entfernen«. Acht Kriterien entwickelte der Geheimdienst, um für die von ihm beobachteten Banlieues den Wandel von einem »sensiblen« Viertel hin zu einem »Getto« festzumachen. Neben einem hohen Anteil an Immigranten, die »teilweise auch in Polygamie leben«, zählt der Bericht dazu »ein Netzwerk kommunitaristischer Vereinigungen«, »ethnische Geschäfte und Händler«, eine »Vervielfältigung moslemischer Gebetshäuser« sowie »das Tragen orientalischer und religiöser Kleidung«.

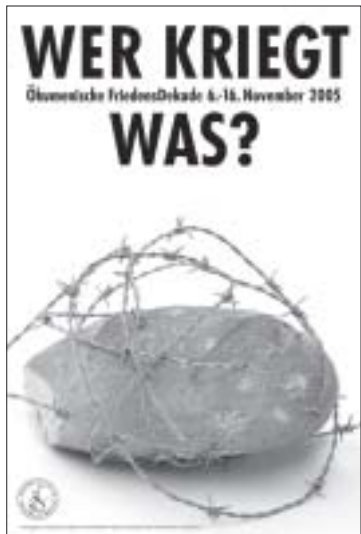
Weitere Merkmale sind laut RG »antisemitische und antiwestliche Graffiti« sowie die Existenz »geschlossener Gruppen von Schulanfängern, die nicht Französisch sprechen«. Schließlich ist auch die fortschreitende Abwanderung »gebürtiger Franzosen« ein Indiz für den Wandel eines solchen Wohnquartiers, in dem sich die Menschen in einer traditionellen Lebensweise bewegen und sich in Vereinen organisieren, die sich an ihrer Herkunft orientieren. Konflikte werden »parallel zu den Institutionen des Staates« geregelt.

Islamische Händler und Einrichtungen florieren demgegenüber in diesen Quartieren, und radikale Prediger, die den Bruch mit den kulturellen und staatlichen Institutionen Frankreichs fordern, befänden sich im Aufwind. In den Betrieben und an den Schulen wachse der fundamentalistische Einfluss. Der Druck auf Firmenleitungen, auch am Arbeitsplatz Gebetsräume zur Verfügung zu stellen, nehme zu, und wenn ihm nicht nachgegeben werde, entstehen laut

RG »Untergrundmoscheen«. So wurden allein im Disneyland-Park bei Paris zehn geheime Gebetshäuser entdeckt.

Sowohl der Bericht der »Stasi«-Kommission als auch die Erkenntnisse der RG lösten heftige öffentliche Debatten aus, dokumentierten sie doch eindrucksvoll das Scheitern der Integrationspolitik der vergangenen Jahrzehnte. Immerhin ist Frankreich mit Bevölkerungsanteilen von acht Prozent Muslimen und einem Prozent Juden »die islamischste und jüdischste Nation Europas«, so die Kommission.

Das »Gesetz über die Laizität« an den öffentlichen Schulen des Landes stellte eine erste Antwort auf die alarmierenden Befunde dar, wobei allen politischen Strömungen bewusst ist, dass mit ihm allein die Probleme einer auseinander driftenden Gesellschaft nicht bewältigt werden können. Förderprogramme, Wohnquartiersverbesserungen und Ausbildungshilfen sollen helfen, die Diskriminierungen und Ausgrenzungen zu überwinden, die als Ursache für die Fehlentwicklungen ausgemacht wurden. Von ihnen wird abhängen, ob Frankreich seinen Revolutionsidealen, die einst das Antlitz Europas veränderten, wieder näher kommt.



Das Ende der Toleranz

Die Niederlande nach dem Mord an Theo van Gogh

Der 2. November 2004 wird mir wohl noch lange in Erinnerung bleiben. Ab 10 Uhr morgens überschlugen sich die Nachrichten in meinem Projekt. Am Abend und im Lauf der folgenden Tage konnte ich die ersten Be-

lam auf provozierende Weise thematisierte. Nachdem bekannt wurde, dass es sich bei dem Täter um einen Marokkaner aus einem bis dahin offenbar unbekanntem Netzwerk radikaler Muslime handelte, waren die öffentlichen Re-

digungen und Aufrufen zu Gewalt in die Höhe.

In Meinungsumfragen wenige Tage nach dem Mord vertraten 75 Prozent der Niederländer die Ansicht, dass sich die Gesell-



Schild am Tatort, wenige Tage nach dem Mord an Theo van Gogh: »Am 2. November 2004 sind hier die Niederlande gestorben. Ich bin auf einmal ein völlig Fremder in meinem eigenen Land.«

richte und Reaktionen in den deutschen und internationalen Medien finden. Und nach kurzer Zeit schien eine Frage allgemeiner Konsens geworden zu sein: „Was ist dort in den Niederlanden eigentlich los?“

Am 2. November 2004 wurde Theo van Gogh, niederländischer Regisseur, in Amsterdam auf offener Straße ermordet. Als »Verfechter des freien Wortes« hatte er regelmäßig Aufsehen erregt: beispielsweise durch Artikel, in denen er den Propheten Mohammed als »Ziegenficker aus Mekka« bezeichnete, oder mit seinem Film »Submission«, welcher die Unterdrückung der Frau im Is-

lam jedoch recht einstimmig. Neben einer Vielzahl bekannter Niederländer machten auch die meisten Moslemorganisationen deutlich, dass trotz ihrer Kritik an den Äußerungen van Goghs diese Tat aufs Schärfste zu verurteilen sei und man gemeinsam für das Recht auf freie Meinungsäußerung eintreten müsse.

Noch am selben Abend versammelten sich rund 20 000 Menschen in Amsterdam, um Theo van Gogh als Vertreter der freien Meinung zu gedenken. Parallel dazu schnellten die Besucherzahlen rechtsextremistischer und extrem islamistischer Inter-

netze für immer verändert habe. Ganze 90 Prozent waren zudem der Überzeugung, dass die so oft gerühmte niederländische Toleranz rapide abnehmen werde. Gleichzeitig wuchs bei Muslimen die Angst vor undifferenzierten Vergeltungsanschlägen. Zu Recht, wie sich herausstellen sollte.

Innerhalb von vier Wochen kam es in den Niederlanden zu 174 rassistisch-gewalttätigen Vorfällen, darunter überwiegend gegen Muslime oder islamische Einrichtungen gerichtete Bedrohungen, Graffitis und Brandstiftungen, die als direkte Folgen des Mordes an van Gogh betrachtet wurden. Bei



Soehnke Wagner, 20 Jahre, leistete von September 2004 bis August 2005 seinen Freiwilligendienst im Landesbüro zur Bekämpfung von Rassendiskriminierung (LBR) in Rotterdam, Niederlande.

den fast täglichen Nachrichten über Brandanschläge auf Moscheen, Schulen und Kirchen war das Gefühl in einem »friedliebenden«, demokratischen Staat zu leben teilweise nur schwer aufrechtzuerhalten.

15 Prozent der Gewalttaten im November wurden von so genannten »Londsdale-Jugendlichen«, einem neuen Synonym für Jugendliche mit rechtsextremen Tendenzen, verübt. Dieser Begriff beruht auf dem Missbrauch der englischen Sportmarke Londsdale, einer traditionsreichen Firma ohne jeglichen rassistischen Hintergrund, durch rechtsextreme Jugendliche wegen der Buchstabenfolge NSDA.

Auch wenn rechtsextremistische Parteien in den Niederlanden weiterhin chancenlos erscheinen, werden auch in den etablierten Parteien mehr rechtsorientierte Stimmen laut. Mehrere Politiker versuchen in die Fußstapfen des im Mai 2002 ermordeten Rechtspopulisten Pim Fortuyn zu treten, der mit seinen harten Tönen bezüglich der »multikulturellen Gesellschaft« die politische Diskussion auf den Kopf

stellte und damit den gesellschaftlichen Unfrieden an die Oberfläche brachte.

Der Mord an Theo van Gogh, der ein großer Bewunderer Fortuyns war, hat diesen Unfrieden stark kanalisiert und zum Ausbruch gebracht. Dabei verschafften die Aktionen radikaler Islamisten dieser Entwicklung noch zusätzlichen Rückenwind. So sahen sich zwei Politiker aufgrund gegen sie gerichteter Morddrohungen gezwungen, für mehrere Monate unterzutauchen, um anschließend noch engagierter gegen den Islam und seinen Einfluss auf die westliche Welt aufzutreten.

Und auch wenn sich die Stimmung in den Niederlanden seitdem wieder deutlich beruhigt hat und die meisten der Gewalttäter gefasst wurden, bleibt der beschriebene Unfrieden bestehen.

Staatliche Deregulierung und Abschaffung staatlich organisierter Wohlfahrt versuchen die Bevölkerung. Widersprüchliche Signale von politischer Elite und Medien zum Thema Immigration hinterlassen in vielen Köpfen

das Bild vom »problematischen Migranten«. Die breite Angst vor Kontrollverlust und zuviel Fremdbestimmung zeigte sich beispielsweise auch im niederländischen »Neel« beim Referendum zur EU-Verfassung. Die Diskriminierung von Migrantengruppen hat deutlich zugenommen. Und auch die wieder neu entbrannte Diskussion, an welchem Punkt das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung aufhört und das ebenfalls im Grundgesetz verankerte Diskriminierungsverbot beginnt, ist noch lange nicht abgeschlossen.

Der Glaube an eine multikulturelle Gesellschaft, für die die Niederlande vor einigen Jahren noch als Modell angesehen wurde, ist spätestens seit dem Mord an Van Gogh in den Köpfen von Niederländern wie auch Migranten als niemals realisierter (Alb-)Traum abgetan.

Man kann nur hoffen, dass sich die gesellschaftliche Umbruchsphase, in der sich die Niederlande ähnlich wie andere westeuropäische Länder befinden, nicht durch Ängste und negative Stimmungsmache von beiden Seiten beeinflussen lassen wird.

Kinder im erweiterten Europa



Jahrestagung
der Deutschen Liga
für das Kind

28.-29.10.2005
Europa-Universität Viadrina
Frankfurt (Oder)
Audimax-Gebäude, Logenstraße 2

Schirmherrschaft:
Prof. Dr. Gesine Schwan

Anmeldung, nähere Informationen:

Deutsche Liga für das Kind
Chausseestraße 17, 10115 Berlin
Tel.: 030 - 28 59 99 70, Fax: 030 - 28 59 99 71
E-Mail: post@liga-kind.de, www.liga-kind.de

Freitag, 28. Oktober 2005 (14.00 bis 18.00 Uhr)

Aufbauarbeiten in Deutschland und Polen
Gerechtigkeitsnetz und Unterstützung Prof. Dr. Gesine Schwan
Präsidentin der Europa-Universität Viadrina, Koordinatorin der Kulturbewegung
für Deutsch-polnische Beziehungen

Kinder in Osteuropa

Entwicklungen und Perspektiven Sabine Christmann,
KIMCF-Botschafterin

Die soziale Gesundheit von Kindern in den
ersten Lebensjahren in Ungarn und Deutschland

Dr. Julienne Csizsvari (Präsidentin für Kinder- und Jugendpsychiatrie Budapest)
Dr. Eva Hübner (LWIW)

(Analytische Kinder- und Jugendpsychiatrie, Frankfurt/Main)

Samstag, 29. Oktober 2005 (9.00 bis 11.30 Uhr)

Lebenslagen von Kindern in Deutschland

Prof. Dr. Uta Meier-Gölwe
Professorin für Sozialität- und Familienwissenschaft, Universität Gießen

Die Situation der Kinder in Polen und Jans

Vorlesung: Dr. Wiesława Górska
Ländersübergreifende Zusammenarbeit bei der Umsetzung
der UN-Kinderrechtskonvention Prof. Dr. Lottar Krappmann
pragmat. im 10. November für die Rechte des Kindes

Europäische Zusammenarbeit für Kinder
Podiumsgespräch mit: Klaus Haupt MdB, Paweł Jansa,
Prof. Dr. Lottar Krappmann, Prof. Dr. Uta Meier-Gölwe
Moderation: Dr. Lore Maria Peschel-Gutzeit

»Njet! U nas fsje chistie!« «Nein! Bei uns sind alle sauber!» Das war die Antwort auf meine Frage, ob in Kazan viele Muslime leben würden. Ich saß gerade im Zug auf dem Weg von Moskau nach Kazan und war mit meiner Banknachbarin, einer gebürtigen Kazanerin, ins Gespräch gekommen. Als unser Ziel am Horizont auftauchte, wurde die Skyline nicht durch die üblichen Zwiebeltürme der orthodoxen Kirchen dominiert, sondern von einer neu errichteten Moschee – die größte – Europas. Kazan ist die Hauptstadt der autonomen Republik Tatarstan. Dreißig Prozent der Bevölkerung sind Muslime.

Religion spielt im Alltag vieler Russen eine untergeordnete Rolle. Die Abneigung gegen Muslime richtet sich deshalb nicht gegen deren religiöse Rituale, Symbole oder Weltanschauung. Sie ist vielmehr Ausdruck einer Furcht vor tschetschenischen Freiheitskämpfern, den Geiselnehmern im Nord-Ost-Theater und von Beslan, von denen alle Muslime waren. Im weiteren Sinne ist es auch eine Furcht vor dem »internationalen Terrorismus«, einer Wiederholung des »11. September« – doch dieses Mal in Moskau. Diese Ängste versetzen die russische Hauptstadt in einen permanenten Ausnahmezustand.

In der Metro warnt eine Durchsage vor herumliegenden Paketen, die sofort zu melden sind. Ein anderes Mal gibt eine ernste Männerstimme die Anweisung, verdächtig aussehende Personen bei der Miliz, alternativ dem Geheimdienst FSB, zuständig für Inlandsabwehr und Sicherheitsdienst, zu melden. Doch wie sehen verdächtige Personen aus? Diese Frage wird einem tagtäglich von den russischen Medien beantwortet: Verdächtige Personen kommen aus dem Kaukasus, sind meist männlich, 16 bis 46 Jahre alt, ganz in schwarz gekleidet und sprechen nur gebrochen Russisch. Es ist auffällig, wie in vielen Berichten Begriffe – Kaukasus, Banditen, Tschetschenien, Verbrecher, Terroristen, Islamismus, Muslime – zusammengewürfelt und miteinander in Verbindung gebracht werden. So kommt es auch, dass meine Russischlehrerin, eine ehe-

»Ferien in Grosny – weg vom russischen Alltagswahnsinn«

malige Professorin an der angesehenen Lomonossow-Universität, mir anvertraute, dass sie »Muslime einfach nicht mag«. Wenn ich ihr von meiner Arbeit in der Flüchtlingschule und den Flüchtlingskindern erzähle, von

rung ist notwendig, um Arbeit zu finden, einen Telefonvertrag abzuschließen, eine Wohnung zu mieten und zum Arzt gehen zu können. Besonders Tschetschenen werden bei der Registrierung schikaniert, so dass sie sich meist



Schülerinnen der Flüchtlingschule in Moskau bei einem Ausflug

denen die meisten aus Tschetschenien stammen, hat sie großes Mitleid für das Schicksal meiner Schüler und ihrer Familien. Doch an ihrer Grundhaltung ändert dies nichts, denn sie meint, dass anständige Tschetschenen eben Ausnahmen seien.

Für mich als Deutsche ist es schwer zu begreifen, dass in Russland eine solche Einstellung weit verbreitet ist, als salonfähig gilt und man sich mit einer gegenteiligen Behauptung quer zur Masse stellt. Meine Kollegen in der Flüchtlingschule sind in Russland eine winzige Minderheit, die sich durch ihre Arbeit mit vorwiegend tschetschenischen Flüchtlingen an den gesellschaftlichen Rand katapultieren. Jeder, der nach Moskau kommt, muss sich innerhalb von drei Tagen bei den Behörden registrieren lassen. Diese Registrie-

illegal in Moskau aufhalten müssen, was ihnen den Alltag sehr erschwert.

Selbst Kinder werden nicht von offener Feindseligkeit verschont, die sie nur zu oft von Lehrern und Mitschülern zu spüren bekommen. Viele dürfen nicht unbegleitet auf die Straße, weil ihre Eltern Angst um sie haben. Berechtigterweise: Nach der Geiselnahme im Nord-Ost-Theater wurden unsere Schüler gezielt an der Metrostation abgefangen und sollten Geständnisse unterzeichnen, aus denen hervorging, dass sie über geplante Anschläge Bescheid wussten. Meine Schüler haben jetzt Ferien und verbringen diese bei ihren Verwandten in Grosny. Die meisten von ihnen sehen für sich keine Zukunft in Moskau und wollen am liebsten eines Tages in ihre Heimat zurückkehren.



Isla Brose, 19 Jahre, leistete ihren Freiwilligendienst von 2004 bis 2005 in einer Flüchtlingschule in Moskau, Russland.

Ein Fundament haben

Wer fest steht, kann andere (er)tragen

JOACHIM RASCH

ASF-Freiwillie beteiligten sich unter anderem beim Bau des Fundamentes der internationalen Begegnungsstätte in der Ruine der Kathedrale von Coventry 1961/1962.

Andacht



Joachim Rasch, 48 Jahre, evangelischer Pfarrer in Sebnitz bei Dresden, war von 1992 bis 1997 Referent für Polen, Tschechien und die Sommerlager bei ASF. Außerdem war er langjähriges Mitglied im Leitungskreis Sommerlager/Jahrestreffen.

Jesus sagte zum Abschluss seiner Rede: Wer meine Worte hört und danach handelt, der ist wie ein Mann, der ein Haus baute und dabei die Erde tief aushob und das Fundament auf einen Felsen stellte. (Lk 6,47f.)

Neulich sagte jemand aus unserer Gemeinde zu mir: »Weißt du, genau genommen bin ich auch ein Fundamentalist. Denn ich habe ein Fundament und das ist Jesus Christus.«

Sind Christen Fundamentalisten? Ganz sicher nicht, jedenfalls nicht zwingend. Mir ist vielmehr sehr fraglich, ob Fundamentalisten noch Christen sind. Aber ein Fundament brauchen und haben Christen. Ich habe in dem anschließenden Gespräch versucht, den Unterschied zwischen einem fundierten Glauben und Fundamentalismus deutlich zu machen.

Jedes Bauwerk, das einigermaßen halten soll, braucht ein angemessenes Fundament. Umso mehr Belastung es aushalten soll, umso besser muss es gegründet sein. Mit dem menschlichen Leben und Glauben ist es wohl ähnlich. Für die Entscheidungen, die ich treffen muss, brauche ich eine Grundlage, ein Koordinatensystem, an das ich mich halten kann. Und für die Belastungen, die ich (er)tragen muss, brauche ich einen Grund, der mich selbst hält und trägt.

Dass der Glauben an Jesus Christus ein solches Fundament sein kann, haben über die Jahrhunderte hin viele Menschen erfahren. Und es ist gut, wenn Christen ihren Glauben offen vertreten und vor allem – danach leben. Wenn wir anderen ohne Ag-

gressivität vorleben, wie tragfähig Jesu Botschaft von der Liebe Gottes ist und was seine Forderung, dass Gottesliebe und Menschenliebe unzertrennlich zusammen gehören, im alltäglichen Leben



bedeutet, – da haben wir genug zu tun.

Und wenn wir dann feststellen, dass andere Menschen auf anderen Fundamenten stehen und meinen, sie würden auch tragen, dann brauchen wir diese Fundamente nicht schlecht zu machen oder zu zerstören, aber auch nicht gleich vom eigenen abspringen oder die Unterschiede zwischen den Fundamenten zubetonieren. Wir dürfen uns getrost auf die Haltbarkeit des eigenen Fundamentes verlassen. Da können wir uns unserer Sache ganz sicher sein. Und die Fundamente anderer können wir achten, möglicherweise manches von ihnen lernen, aber wir müssen nicht auf ihnen

bauen und das eigene nicht verstecken.

Wer sich des eigenen Haltes gewiss ist, kann leichter andere mittragen, mitunter auch ertragen. Das ist der Sinn von Toleranz. Ohne sie können wir in pluralen Gesellschaften nicht leben, eigentlich überhaupt nicht in Freiheit leben. Menschen, die vorleben, dass man mit dem Anderen friedlich zusammenleben, ja sogar zum Wohle aller mit ihm zusammenarbeiten kann, ohne sich selbst zu verbiegen oder gar zu verlieren – solche Menschen werden gebraucht. Wir brauchen das Vorbild von Menschen, die eigene Identität und Achtung anderer miteinander verbinden.

Fundamentalismus hingegen ist der Versuch, eigenen Halt durch die Zerstörung anderer Fundamente zu gewinnen. Ich denke, dass sich darin viel innere Schwäche und Angst zeigt. Das Gegenteil davon, durch Anleihe an mal diese, mal jene Richtung einen Halt zu finden, gerät allerdings schnell zum Dauerschwimmen, das keiner lange durchhalten kann. Ganz ohne Fundamente wird die Welt wohl nicht friedlicher – und würde kulturell viel ärmer.

Jesus fuhr fort: Als nun ein Hochwasser kam und die Flutwelle gegen das Haus prallte, konnte sie es nicht erschüttern, weil es gut gebaut war. (Lk 6,48)

Um Halt zu finden, muss ich mich schon mal richtig fest hinstellen, muss mich auf (m)ein Fundament einlassen. Nur dann kann ich erfahren, dass es trägt. Und diese Erfahrung gibt dann auch Selbstbewusstsein – ohne Überheblichkeit – und eine gute Portion Gelassenheit bei der Begegnung mit anderen Menschen und ihren jeweiligen Fundamenten.

Erinnern ist unverzichtbar für Demokratie und Frieden

ASF beteiligte sich am Tag für Demokratie am 8. Mai

JOHANNES
ZERGER

Mit einem selten breiten Bündnis aus Parteien, Kirchen, Sozialpartnern und zivilgesellschaftlichen Initiativen gelang es am 8. Mai 2005, den von der NPD zum 60. Jahrestag des Kriegsendes geplanten Marsch durch das Brandenburger Tor in Berlin zu verhindern. Von Antifa-Aktivist*innen bis zur CSU waren die Menschen auf die Straße gegangen, um gegen die Demonstration unter dem Motto »Nieder mit dem Schuldskult« zu protestieren. Aktion Sühnezeichen Friedensdienste (ASF) trug als Mitveranstalter am »Tag für Demokratie« rund um das Brandenburger Tor dazu bei, den Rechtsextremisten die gewünschte symbolträchtige Kulisse zu verwehren.

»Die Begegnungen mit Holocaust-Überlebenden haben mich jedes Mal tief berührt«, erzählte Bundeskanzler Gerhard Schröder im Gespräch mit Vorstand, Mitarbeiter*innen und Freiwilligen bei seinem Besuch am Stand von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste (ASF) während des Kirchentags am 27. Mai 2005 in Hannover. Dass ASF eine Verbindung zwischen den Überlebenden und der jungen Generation herstelle, sei »besonders wichtig«, betonte Schröder, nachdem er den spannenden Erfahrungsberichten von sechs Freiwilligen zugehört hatte.

Der Besuch bei ASF bildete den Hauptprogramm- und Rundgangspunkt seines Rundgangs über den Markt der Möglichkeiten. Schröder war allerdings keineswegs der einzig prominente Gast am ASF-Stand beim Kirchentag. Neben zahlreichen weiteren Politikern statten auch der EKD-Ratsvorsitzende Bischof Wolfgang Huber und der Bischof der Föderation Evangelischer Kirchen in Mitteldeutschland, Christoph Kähler, ASF einen Besuch ab.

Trotz kühlen Wetters war das ASF-Zelt beim »Tag für Demokratie« das ganze Wochenende über gut besucht. Besonders die Buttons der Kampagne »Geh denken! Aktiv gegen Antisemitismus und Rassismus« mit der ostdeutschen Kultfigur »Ampelmännchen« fanden reißenden Absatz. Inhaltliche Höhepunkte der ASF-Aktivitäten waren Zeitzeugengespräche mit Willi Frohwein, Franz von Hammerstein und Inge Deutschkron. Die jeweils mehr als einstündigen, eindrücklichen und sehr persönlichen Schilderungen der eigenen Verfolgungsgeschichten bildeten eine wichtige Ergänzung zu den Ständen und den kurzen Statements auf der Hauptbühne.

Von der Lichterkette am Samstagabend, die von ASF veranstaltet wurde und an der sich über 25.000 Menschen beteiligten, ging ein wichtiges Signal für Frieden und gegen Rechtsextremismus aus. Durch die Mitwirkung an den Fernsehgottesdiensten in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche und in der St. Hedwigskathedrale sowie der Talksendung Sabine Christiansen konnten aktuelle und ehemalige ASF-Freiwillige von ihren Erfahrungen berichten und die Bedeutung dieser Arbeit für Frieden und Versöhnung einem breiten Publikum bekannt machen. Großes mediales Echo hatte auch die Erwähnung der ASF-Arbeit durch Bundespräsident Horst Köhler in seiner Rede im Bundestag.

Die Erklärung des Vorstandes zum 8. Mai mit dem Titel »Erinnern ist unverzichtbar für Demokratie und Frieden« können Sie bei ASF bestellen unter Telefon 030/28395-184 oder unter www.asf-ev.de abrufen.

Bundeskanzler Schröder lobt ASF-Arbeit

Besuch am ASF-Stand beim Kirchentag in Hannover

Auch in anderer Hinsicht war der Kirchentag für ASF ein voller Erfolg. Besonders die Kampagne »Geh denken! Aktiv gegen

chentagsgelände unterwegs waren, um Infomaterial zu verteilen und Geh-denken-Buttons, T-Shirts und Schlüsselbänder zugunsten der ASF-Arbeit zu verkaufen.

Große Aufmerksamkeit zog auch das Zeitzeugengespräch mit der Überlebenden Ester Golan auf sich. Die langjährige ASF-Freundin aus Israel fesselte mit dem Bericht über ihr Verfolgungsschicksal rund 80 Zuhörer*innen für über eine Stunde am ASF-Stand.

Entscheidend zum Erfolg der ASF-Aktivitäten beim Kirchentag beigetragen haben die über 30 ehrenamtlichen Helfer*innen. Ihnen sei an dieser Stelle noch einmal ganz besonders gedankt.

Die »Geh-denken!«-Artikel können Sie bei ASF bestellen. Nähere Infos finden Sie im beiliegenden Hinweisblatt oder unter www.asf-ev.de.



Antisemitismus und Rassismus mit dem ostdeutschen Ampelmännchen fand bei den Kirchentagsbesucher*innen ebenso großen Anklang wie bei den übrigen Veranstaltungen seit Start der Aktion. Entsprechend stark war der Ansturm auf die ASF-Infostände und die ehrenamtlichen Helfer*innen, die mit Bauchläden auf dem Kir-

Kirchentag 2005:
Bundeskanzler Gerhard Schröder im Gespräch mit der ASF-Vorsitzenden Ruth Misselwitz, ASF-Geschäftsführer Christian Staffa und Freiwilligen am Stand von ASF

Johannes Zerger,
44 Jahre, ist seit 1996 Referent für Öffentlichkeitsarbeit und Fundraising der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste.

Präsident Israels beeindruckt von ASF-Arbeit

JUTTA WEDUWEN

Aus Anlass des vierzigjährigen Jahrestages der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Israel fand am 31. Mai 2005 ein Gartenfest des Bundespräsidenten mit fünf-hundert israelischen und deutschen Jugendlichen statt.

Am Stand von ASF fand ein anregendes Gespräch zwischen den Präsidenten aus Israel und Deutschland Moshe Katsav und Horst Köhler und den ASF-Freiwilligen Morten Edzards, Maria Lemp und Yossi Gilad statt. Dabei drehte sich das Interesse der

Präsidenten um die Frage, warum junge Menschen an der Shoah interessiert seien und deshalb zu ASF kämen. So fragte Moshe Katsav die beiden deutschen Freiwilligen, ob sie sich freiwillig entschieden hätte, sich mit der Shoah und ASF auseinander zu setzen oder ob jemand sie gedrängt hätte, dies zu tun. Dass das Interesse aus freien Stücken kam, schien ihn zu beeindrucken und zu beruhigen.

Beeindruckend war auch, dass Horst Köhler die Geschichte der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste sehr detailliert kannte und an Moshe Katsav weitergab. Nicht nur bei dieser Feierlichkeit wurde die wegweisende Bedeutung von ASF immer wieder lobend erwähnt: die ersten Freiwilligen von ASF reisten schon 1961 nach Israel aus, vier Jahre vor Aufnahme der diplomatischen Beziehungen.



Bundespräsident Horst Köhler, der israelische Staatspräsident Moshe Katsav, Jutta Weduwen und Freiwillige am ASF-Stand beim Gartenfest des Bundespräsidenten zum vierzigsten Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Israel am 31. Mai 2005 in Berlin.

Schreib-Übungen

Sühnezeichen und vierzig Jahre deutsch-polnisches Gespräch – eine Fußnote

GABRIELE
KAMMERER

Im Herbst 1965 veränderte sich das Verhältnis zwischen Deutschen und Polen. Mit ihrer Ostendenschrift regte die Evangelische Kirche in Deutschland an, plakative Argumente durch differenzierte Diskussionen zu ersetzen, und der Brief, mit dem die katholischen Bischöfe Polens erstmals nach Kriegsende offiziell mit ihren deutschen Amtsbrüdern in Kontakt traten, endete mit dem großen Satz: »Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung.«

Hinter beiden Texten stehen persönliche Begegnungen – erste Reisen, Gespräche, Buchpakete. An manchen Stellen lässt sich diese Vorgeschichte entziffern. Auch die ersten, mühsamen Fühlungen der Aktion Sühnezeichen Richtung Polen haben Spuren hinterlassen.

Ein Beispiel: Im Magdeburger Nachlass von Günter Särchen, dem Polen-Pionier der Aktion Sühnezeichen, finden sich Briefe polnischer Bischöfe, die wie Schreibübungen zum 1965er-Brief anmuten. Gemeinsam mit

Lothar Kreyssig hatte der Katholik auf den Sommer 1964 Pilgerfahrten zweier Gruppen zu polnischen KZ-Gedenkstätten vorbereitet. Doch die DDR-Behörden genehmigten die Ausreise nicht. Die Pilger machten sich auf nach Sachsenhausen und Ravensbrück, nur zwei von ihnen reisten privat nach Polen.

Allein das Vorhaben löste in Polen jedoch große Bewegung aus. Katholische Bischöfe – schon auf den Empfang der Deutschen in ihren Diözesen vorbereitet – richteten Briefe an die Initiatoren. »Wenn auch dieses Mal die Fahrt nicht gelungen ist, so ist der gute Wille sehr hoch zu bewerten«, schrieb Bischof Kominek aus Breslau. Primas Stefan Wyszyński schloß sich an: »Beim Herrgott wiegt der gute Wille mehr als die Zahl.« Er empfahl den langen Atem: Die harte Arbeit werde »bestimmt einmal reiche Früchte tragen«.

Ein Jahr später wird Kominek im Bischofsbrief formulieren: »Wenn echter guter Wille beider-

seits besteht – und das ist wohl nicht zu bezweifeln –, dann muss ja ein ernster Dialog gelingen und mit der Zeit gute Früchte bringen.« Und Wyszyński wird, zögernd zwar, aber dann doch an erster Stelle, unterschreiben. Dass Polen zwanzig Jahre nach Kriegsende den Deutschen »guten Willen« unterstellten, war alles andere als selbstverständlich. Ein kleines Pfand für diesen Vertrauensvorschuß dürften jene jungen Deutschen geboten haben, die auf Polen zugekommen waren, auch ohne einen Fuß über die Grenze zu setzen.

In seinem bedauernden Brief an Günter Särchen benannte der Posener Erzbischof Baraniak im Dezember 1964 das Programm für den kommenden Herbst: »Wenn unsere Völker sich im Namen von Liebe und Frieden näher kommen sollen, so müssen wir eine gemeinsame Sprache finden, durch die eine Seite um Verzeihung bittet und die andere im Namen Christi verzeiht.« Ein Anfang war gemacht.



Gabriele Kammerer ist freie Journalistin in Berlin. Zurzeit arbeitet die ehemalige Frankreich-Freiwillige an einem Buch über die Geschichte von ASF.

Der gelebte Gedanke der Versöhnung

Zum Tod von Frère Roger

ARMIN MARTINI

Am 17. August 2005 erreichte mich am frühen Morgen die Nachricht von dem tödlichen Messerangriff einer Teilnehmerin auf Frère Roger während des Abendgebets am Vortag in der



Versöhnungskirche von Taizé. Nicht schon wieder eine Sinnlosigkeit - und warum gerade an diesem Menschen, der wie kaum ein anderer für Friedfertigkeit und Versöhnung stand, waren meine ersten Gedanken.

Frère Roger wurde am 12. Mai 1915 in der Schweiz als Roger Louis Schutz-Marsauche geboren. Im August 1940 ging er nach Taizé in Frankreich. In den folgenden Jahren fanden in seinem Haus viele Menschen, vor allem Juden, Zuflucht vor der Verfolgung durch die Nazis. Nach Kriegsende kümmerte er sich um deutsche Kriegsgefangene. Immer mehr Gleichgesinnte schlossen sich ihm an, bis im Jahr 1949 die ersten Brüder die »Communauté« von Taizé gründeten, die weltweit erste ökumenische Bruderschaft. Inzwischen gehören ihr rund 100 Brüder aus 25 Nationen an. Die Bewegung erfreut sich vor allem bei Jugendlichen aus aller Welt großer Beliebtheit. Jedes Jahr pilgern zehntausende junger Menschen nach Taizé, um dort gemeinsam zu arbeiten, zu beten und zu feiern.

Zum ersten Mal hörte ich von Taizé, als ich 1960 für Aktion Sühnezeichen Friedensdienste

(ASF) in Kolvek in Nordnorwegen beim Bau der dortigen Kirche tätig war. Ein Schreiben meines Heimatpfarrers unterrichtete mich über die Absicht, in Taizé ein ähnliches Projekt durchzuführen, ebenfalls in Zusammenarbeit mit Aktion Sühnezeichen. Bei einem Treffen im Winter 1961/62 in Berlin stellte Frère Michael, einer der Brüder aus Taizé, das Projekt genauer vor und die Zusammenarbeit wurde beschlossen.

Zwei Monate später machte ich mich auf den Weg nach Taizé, um als Bauleiter den Bau der Kirche vorzubereiten. Hier kam es zu meiner ersten Begegnung mit Frère Roger, dem Prior des Ordens. Er hatte eine spirituelle, herzliche Ausstrahlung. Wir wurden als Jugendliche von ihm und den anderen Brüdern ernst genommen, das war damals nicht selbstverständlich. Die Entscheidungen wurden, obwohl die Gesellschaft sonst noch sehr autoritär war, im Kollektiv getroffen. Jede Stimme zählte. Während in der Amtskirche sonst sehr viel ritualisiert abläuft, wurden wir stark in alle Abläufe eingebunden. Sein Wunsch war eine lebendige Gemeinschaft, an der sich alle beteiligen können. Auch sprach er immer vorurteilsfrei mit uns als Deutschen; - auch das war rund 15 Jahre nach Kriegsende nicht selbstverständlich. In guter Erinnerung sind mir die Abendmahlfeiern mit der Bruderschaft, weil ich dort eine Gemeinschaft verwirklicht sah, wie ich

sie vorher nirgendwo kennen gelernt hatte. Auf mich als jungen Menschen machte das alles damals sehr viel Eindruck. Was mich besonders beeindruckte, war der Gedanke der Versöhnung, den Frère Roger und die Bruderschaft verfolgten und uns vorlebten. Von diesem Gedanken haben wir uns einfangen lassen und erfahren, wie notwendig dieser in der heuti-

gen Welt ist - und was alles noch getan werden muss, um ihn zu verwirklichen.

Im Mai des gleichen Jahres begann unter der Mithilfe von sechzig Sühnezeichen-Freiwilligen der Bau der Versöhnungskirche, in der bis zu 5000 Gläubige Platz finden. Sie ist weit über die Grenzen Frankreichs hinaus bekannt geworden und wird noch heute regelmäßig für Gottesdienste genutzt. Zwischen Mitte der 1970er bis Anfang der 1990er Jahre arbeiteten weitere vierzig ASF-Freiwillige in der Gemeinschaft.

Für ASF war die Zusammenarbeit mit Frère Roger wegweisend und prägend. Sie ermöglichte unter anderem den Bau der Versöhnungskirche in Taizé und der Synagoge in Villeurbanne bei Lyon. Sein unermüdliches Bemühen um die Versöhnung der Religionen und sein Engagement für Solidarität und Gewaltlosigkeit hat uns



Freiwillige der Aktion Sühnezeichen bei Arbeiten am Dachstuhl der Versöhnungskirche von Taizé im Jahr 1962. Insgesamt halfen über 60 Freiwillige beim Bau der Kirche mit.

immer wieder Zuversicht für unsere eigene Arbeit gegeben. Sein sinnloser Tod hat uns tief berührt. Was bleibt, ist die Hoffnung, dass der Versöhnungsgedanke, den er mit Präses Kreyssig, Pfarrer te Reh und vielen anderen geteilt hat, nicht nur ein Traum bleibt. Denn wir alle können ihn weiter verfolgen und zu seiner Verbreitung beitragen.

Armin Martini, 68 Jahre, pensionierter Bauingenieur und Statiker, war in den 1960er Jahren ASF-Freiwilliger und leitete in dieser Zeit den Bau der Versöhnungskirchen in Taizé und der Synagoge in Villeurbanne, Frankreich sowie in Borkenes und Kolvek, Norwegen.

Professor Dr. Joseph Walk in dankbarem Gedenken

Versöhnung durch gegenseitiges Kennenlernen war seine Lebensaufgabe

RUDOLF MAURER

Baumpflanzung in der Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem für das Ehepaar Gertrud und Otto Mörike im Mai 1975. Personen (v.r.n.l.): Josef Walk, Frieder Mörike, Elisabeth Mörike, Rudolf Maurer und Chaim Stern.

Rudolf Maurer, 72 Jahre, Pfarrer i. R., war 1962-1964 Freiwilliger in Israel und Frankreich und 1970-1974 ASF-Länderbeauftragter in Israel.

Im Mai 2005 kam die traurige Nachricht aus Jerusalem, dass unser langjähriger, treuer Unterstützer und Begleiter Professor Joseph Walk im Alter von 90 Jahren verstorben ist. Er stammte aus Breslau und wanderte als religiöser Zionist bereits 1936 ins damalige Palästina aus, wo er lange in der Erziehung und bei der Integration junger Flüchtlinge tätig war. Später war er als Historiker Dozent an der religiösen Bat-Ilan-Universität in Tel-Aviv. Außerdem gehörte er ziemlich von Anfang an zum Team der Gedenk- und Forschungsstätte für die Shoah »Yad-Vashem« in Jerusalem und leitete viele Jahre das Leo-Baeck-Institut. Dort lernte er auch junge deutsche Freiwillige der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste bei ihrer Versöhnungsarbeit in Israel kennen. Anfang der 1970er Jahre hielt Professor Joseph Walk dann auch vor einer solchen Freiwilligengruppe erstmals einen Vortrag in seiner Muttersprache. Dies war der Beginn einer langjährigen, se-

gensreichen Zusammenarbeit mit an Israel und mit Judentum interessierten Christen aus und in Deutschland.



Aus dem Kreis der Thora-treuen Juden deutscher Sprache war Joseph Walk einer der Ersten, der sich bewusst und engagiert an der Begegnung und am Gespräch mit Christen aus Deutschland beteiligte.

Versöhnung durch gegenseitiges Kennenlernen bei Begegnungen und Gesprächen, war für Joseph Walk, als Thora-treuen Juden eine Lebensaufgabe. Seine Bereitschaft zur Versöhnung ging so weit, dass er bei seinen

Deutschland-Besuchen mehrmals zu Gesprächen mit Albert Speer, dem ehemaligen Reichs-Rüstungsminister nach Heidelberg

reiste, da er wohl aus dessen Memoiren eine innere Umkehr festzustellen meinte.

Im Spektrum der religiösen Parteien in Israel gehörte Joseph Walk eher zu einem zu Kompromissen mit den Palästinensern neigenden Flügel namens »Os-We-Schalom«, was »Stärke und Frieden« bedeutet, an. Menschenleben seien auch in der religiösen Tradition des

Judentums höher zu achten als der Besitz von Teilen des Landes der Väter.

Mit dem bekannten, gern gesungenen Psalmvers, 133, 1b »Hinei ma tov u ma naim, schewet Achim gam jachad«, was »Siehe wie fein und lieblich ist es, wenn Brüder einträchtig beieinander wohnen« bedeutet, gedenken wir dankbar an unseren treuen Mitstreiter für die Versöhnung von Juden und Christen, Israelis und Deutschen.

Zusammen gegen das Vergessen

Besuchs- und Begegnungswoche für polnische KZ-Überlebende in Berlin

CORINNA KEUNECKE

Corinna Keunecke, 24 Jahre, studiert in Göttingen Geschichte und Kulturanthropologie/ Europäische Ethnologie, ist ehemalige Sommerlagerteamerin und macht zurzeit ein Praktikum im ASF-Öffentlichkeitsreferat.

Auf Einladung von ASF haben sieben ehemalige KZ-Häftlinge aus Polen vom 30. Juli bis 5. August 2005 an einem Besuchs- und Begegnungsprogramm in Berlin teilgenommen. Dieser Besuch der inzwischen weit über 80-jährigen Überlebenden steht in einer langjährigen Tradition und wird von ASF seit 1994 regelmäßig jeden Sommer durchgeführt.

Ihr Aufenthalt wurde wieder von Helga Sibaei in Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Deutscher Widerstand organisiert und vom Zukunftsfonds der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung, Zukunft« finanziell unterstützt. Das

Programm umfasste Besuche der Gedenkstätten Plötzensee und Deutscher Widerstand, des Hauses der Wannsee-Konferenz und des Jüdischen Museums. Auch Gespräche mit Jugendlichen in der Gedenkstätte Sachsenhausen und Begegnungen mit ehemaligen ASF-Freiwilligen standen auf der Tagesordnung.

Wie sie selbst erzählen, ist es den Überlebenden heute aufgrund positiver Erfahrungen mit deutschen Mitgefangenen während ihrer Haftzeit möglich, unvoreingenommen auf deutsche Jugendliche zuzugehen und mit diesen über die Vergangenheit und deren Bedeutung für die Ge-

genwart zu sprechen. Diese Begegnungen und Gespräche sind für alle Beteiligten von unschätzbarem Wert und werden in guter Erinnerung bleiben.

Wichtig ist den ehemaligen Häftlingen vor allem auch das Miteinander. Sie tauschen sich über ihre Erfahrungen im Lager, über ihre Lebensgeschichten und über ihre Freunde aus, die früher auch zu den Treffen nach Berlin kamen und von denen immer mehr fehlen. Auch denjenigen, die kommen, fällt die Anreise von Jahr zu Jahr schwerer und so ist ungewiss, ob sie im nächsten Jahr wieder teilnehmen können. Aber der Wunsch besteht.

»Nicht nur reden, sondern etwas tun«

ASF-Weggefährte Friedrich Magirus wurde 75

Das Anliegen von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste und das persönliche Engagement dafür prägten den Superintendenten i. R. Friedrich Magirus, der von 1974 bis 1982 Leiter der Aktion Sühnezeichen (ASZ) in der DDR war, lebenslang. Es begann 1964, als eine Sühnezeichengruppe beim Wiederaufbau der Kirche, des im Krieg schwer zerstörten Ortes Einsiedel im Erzgebirgsvorland half, in der Magirus Pfarrer war. Lothar Kreyssig berief ihn 1966 in den Leitungskreis von ASZ.

Bei seinem Wirken als Leiter der Aktion Sühnezeichen in der DDR war für ihn der Gründungsauftrag von 1958 richtungweisend, auch bei Kontroversen um die Schwerpunktsetzung der Arbeit in immer turbulenten Zeiten. Es ging ihm um das biblische Fundament aller Aktivitäten. Ihm lag daran, die Räume für die praktische und bewussteinbildende Arbeit der Aktion möglichst weit »auszureizen«, ohne sich von den Erwartungen staatlicher Stellen abhängig zu machen. Zu den heiklen Situationen in seiner Amtszeit gehörte das deutliche Widersprechen, als die DDR die Abgrenzung von Zionismus und Imperialismus zur Staatsdoktrin erklärte. Jetzt war es nötig, die Verbindun-

gen zu Juden im eigenen Land und in den Nachbarländern im Osten zu pflegen. Später gelang es, trotz des Kriegsrechts in Polen und der Aufhebung des freien Reiseverkehrs die persönlichen Kontakte aufrecht zu erhalten. Das erforderte klare Orientierung



und eine umfangreiche tägliche Kleinarbeit.

Von 1982 bis 1995 war Friedrich Magirus einer der beiden Superintendenten in Leipzig. Vor der Wende und danach, als zu den kirchlichen Aufgaben die zusätzliche Verantwortung im kommunalen Bereich hinzu kam (zeitweilig war er Stadtpräsident), hat er die speziellen »Sühnezeichen-Anliegen« weiterhin befördert, sowohl im kirchlichen als auch im kommunalen Bereich. Ihm liegt

vor allem an lebendigen persönlichen Kontakten nach Osteuropa, vorrangig nach Polen und Tschechien, sowie an der Intensivierung der Verbindungen zum Judentum. Für viele Jahre war er Vorsitzender der Jüdisch-christlichen Arbeitsgemeinschaft in Leipzig. Für ihn ist wichtig: Nicht bloß reden, sondern tun. Andere zur Mitarbeit zu gewinnen, gelingt nur über den persönlichen Kontakt. Und: nichts läuft von alleine, sondern die jeweils nächste Generation muss wieder neu zur Mitarbeit gewonnen werden. So bemüht er sich beispielsweise weiterhin um den Schüleraustausch Leipziger Schulen und um das Gespräch zwischen den Generationen, also zwischen »Zeitzeugen« und denen, die in den nächsten Jahren zu »Multiplikatoren« der Versöhnungsarbeit und des Friedensdienstes werden können. So wird das Anliegen von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste aufgenommen und weitergetragen.

Bei den Feierlichkeiten zum 75. Geburtstag von Friedrich Magirus am 26. Juni war ASF durch jetzige Verantwortliche und frühere Weggefährten vertreten. Mit der Dankbarkeit für sein Wirken verbindet sich im Blick auf die kommende Zeit die Bitte um Gottes Segen für ihn und seine Familie.

Dr. Christoph Münchow,
Oberlandeskirchenrat des
Evangelisch-Lutherischen
Landeskirchenamts
Sachsen, ist seit 2001 ASF-
Kuratoriumsmitglied und
war von 1974 bis 1982
Leiter der Aktion
Sühnezeichen in der DDR.



Wir trauern um einen guten Freund Leon Lenzion hat uns reich beschenkt

Soeben erreicht uns die Nachricht, dass Leon Lenzion am 26. August 2005 im Alter von 87 Jahren gestorben ist. Unsere Gedanken sind bei seiner Frau Helena und seiner Familien. Leon Lenzion war als Überlebender seit den 1970er Jahren mit Aktion Sühnezeichen Friedensdienste in intensivem Kontakt und jedes Jahr mindestens einmal in Berlin. Wir sind dankbar für diesen wunderbaren Freund, der trotz seiner schrecklichen Erlebnisse mit seinem unglaublichen Humor und seinem Wunsch nach Austausch mit jungen Deutschen uns sehr reich beschenkt hat. Über seinen Tod sind wir bestürzt und traurig. Wir werden ihn sehr vermissen.

Am Dienstag den 30. August wurde er in Gdansk/Danzig beerdigt.

Mit Dank und der Bitte um Gottes Segen für seine Frau Helena und seine Familie

Der Vorstand und die MitarbeiterInnen von ASF

Lothar Wittkopf zum 60. Geburtstag

»...sein besonderes Charisma liegt in der Leitung...«

MANFRED KARNETZKI

Dr. Manfred Karnetzki,
75 Jahre, Pfarrer im
Ruhestand, war von
1993 bis 2001
Vorstandsvorsitzender
von ASF.

Seit 13 Jahren ist Superintendent Lothar Wittkopf Mitglied des Kuratoriums der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste (ASF). Hier dient seine Mitgliedschaft einer doppelten Präsenz: nämlich der von ASF in der Evangelischen Landeskirche wie der der Evangelischen Kirche bei ASF. Dass Kirche und ASF sich nicht aus den Augen verlieren, war schon das leidenschaftliche Anliegen von Lothar Kreyssig wie von Kurt Scharf.

Am 8. Juni 2005 feierte Lothar Wittkopf seinen 60. Geburtstag. Für ASF ist das ein Anlass, ihm herzlich für seine engagierte Begleitung zu danken und die Lebenszusammenhänge seines Engagements vorzustellen. Es kennzeichnet seinen Lebensweg, dass er seit seinem Studium in Mün-

ster die Einheit von Theologie und Gesellschaft gesucht hat. Sozial-ethische Fragen wurden für ihn zentral. Nach seinem Studium suchte und fand er Arbeitsfelder, in denen Kirche und Theologie mit den brennenden Fragen unserer Gesellschaft konfrontiert sind. Sein erstes Pfarramt in Berlin (West) hatte den Auftrag, einen Jugendhof für straffällig gewordene Jugendliche in das Wohnumfeld zu integrieren. Als Pfarrer der benachbarten Gemeinde Schlachtensee konnte er dieses Engagement fortsetzen. Als Westberliner Landesjugendpfarrer suchte er, die Begrenztheit in Erfahrung und Denken junger Menschen in der ummauerten Stadt aufzubrechen. Das Amt des Superintendanten in Berlin-Kreuzberg führte ihn in den so-

zialen Brennpunkt des damaligen West-Berlin und nach dem Ende der Teilung Berlins nahm er als Superintendent von Berlin-Mitte die Herausforderung an, im größten Kirchenkreis der Landeskirche das Zusammenwachsen von Gemeinden aus Ost und West zu begleiten.

In all diesen Aufgaben wuchs sein besonderes Charisma der Leitung. Ich sehe es vor allem in seiner Fähigkeit, verbindend zu wirken und zugleich als engagierter Christenmensch erkennbar zu bleiben. Mit diesem Charisma hat er auch ASF durch schwierige und gute Jahre begleitet und beraten. Unser Wunsch ist, dass seine Verbundenheit zur Aktion Sühnezeichen Friedensdienste auch in Zukunft erhalten bleibt.

»Ich wollte in die Schule und kam ins KZ«

Zdzislaw Jasko beschreibt seine Jugend im KZ Sachsenhausen

CORINNA KEUNECKE

Corinna Keunecke,
24 Jahre, studiert in
Göttingen Geschichte und
Kulturanthropologie/
Europäische Ethnologie,
ist ehemalige Sommerla-
gerteamerin und macht
zurzeit ein Praktikum
im ASF-Öffentlichkeitsre-
ferat.

Zdzislaw Jasko verbrachte von 1940 bis 45 seine gesamte Jugend im KZ Sachsenhausen. Nach seiner Befreiung setzte er sich für die Versöhnung zwischen Deutschen und Polen ein. Durch die Gedenkstättenarbeit mit Jugendlichen in Auschwitz, Majdanek und Stutthof war vor mehr als 20 Jahren der Kontakt zu ASF entstanden. Seit einigen Jahren nimmt er auch an den Treffen ehemaliger KZ-Häftlinge in Berlin teil, die von ASF regelmäßig organisiert werden. Aufgrund seines Engagements für die deutsch-polnische Aussöhnung wurde dem inzwischen 80-Jährigen kürzlich das Bundesverdienstkreuz verliehen.

Nun ist unter dem Titel »Ich wollte in die Schule und kam ins KZ« ein Buch mit seinen Erinnerungen erschienen. Wolf Jung, der ehemalige ASF-Geschäftsführer, hat es aus Mitschnitten von Jaskos Erzählungen zusammengestellt. Der Inhalt lässt sich mit seinen eigenen Worten so zusammenfassen: »Deutsche haben mich ins KZ gebracht und Deut-

sche haben mir geholfen, es zu überleben.«

Zunächst erzählt er von seiner Kindheit in einer Kleinstadt



nordöstlich von Warschau. Der Leser erlebt ihn als selbstbewusstes Kind mit einer großen Liebe zu seinem Vaterland. Ein halbes Jahr nach dem Einmarsch der Deut-

schen wird der damals 15-Jährige verhaftet, weil er zu einer selbst organisierten Lerngruppe gehörte, nachdem die Schulen von den Besatzern geschlossen worden waren.

Seine Zeit in Sachsenhausen beschreibt er so: Die ersten Monate waren kaum zu ertragen. Erst nach Einrichtung des »Jugendblocks« ergaben sich Strukturen, die nicht nur das Überleben erleichterten und Hoffnung gaben, sondern es sogar ermöglichten, heimlich zu lernen. Außerdem gab es politische Häftlinge, die sich für die Jugendlichen einsetzten. Sie verkörperten die »anderen Deutschen« und eine kleine Gegenwart gegen das grausame Leben im Lager.

Jaskos Erinnerungen sind lebendig und präzise. Die dargestellten Charaktere werden differenziert, kraftvoll und überzeugend geschildert. So ist ein Buch von großer Eindringlichkeit entstanden.

Zdzislaw Jasko, »Ich wollte in die Schule und kam ins KZ«, Lamuv Verlag Göttingen, 2005, 9,90 €

ASF begrüßt herzlich ihren neuen Mitarbeiter Matthias Haß. Der 39 Jahre alte promovierte Politologe arbeitet für ASF seit dem 1. Juni 2005 als Landeskoordinator in den USA. Seine Forschungs-, Publikations- und Arbeitsschwerpunkte liegen vor allem in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und der Holocausterinnerung aus in-



ternationaler Perspektive. Neben seinen Tätigkeiten, unter anderem in der politischen Bildungsarbeit bei den unterschiedlichsten Trägern, war Mathias Haß auch in der Jugendbildungsarbeit mit sozial benachteiligten Jugendlichen beschäftigt. ASF freut sich, einen vielseitigen und kompetenten Mitarbeiter gewonnen zu haben und wünscht ihm alles Gute bei seinen neuen Aufgaben.

Aber ein Willkommen heißt auch immer ein Abschied. ASF bedankt sich im Namen des Vorstandes, aller Mitarbeiter und ehemaligen USA - Freiwilligen bei Elke Schönrock für ihren unermüdlichen Einsatz als Landesbeauftragte in den USA. Sechs Jahre lang trug sie Sorge über insgesamt 123 Freiwillige. Die USA und

Wechsel im USA-Landesbüro



Elke Schönrock

Philadelphia, hier liegt das Länderbüro, dürften ihr inzwischen so ans Herz gewachsen sein, dass der Abschied sehr schwer fiel. ASF wünscht ihr alles Gute beim Ankommen in Deutschland und auf dem weiteren Lebensweg. Wir bedanken uns noch einmal sehr herzlich für die gemeinsame Zeit und die großartige Arbeit.

Matthias Haß

Treffen an der Oder Pfungstagung über die Freiwilligenarbeit in Mittelosteuropa

Was motiviert junge Menschen zu einem Freiwilligendienst in Mittelosteuropa (MOE)? Welche Erfahrungen machen die Freiwilligen und wie lassen sich diese in ein späteres Studium integrieren?



Diese Fragen standen im Mittelpunkt der von ASF und dem Lehrstuhl für osteuropäische Geschichte der Europa-Universität Frankfurt/Oder veranstalteten Tagung: »Wie weiter mit der Freiwilligenarbeit im östlichen Europa?« Vom 13. bis 15. Mai, trafen sich hierzu rund 70 ehemalige und zukünftige Freiwillige sowie Osteuropa-Experten zu ei-

nem Erfahrungsaustausch in der deutsch-polnischen Grenzstadt.

Auf einem Freiwilligenpodium Am Freitagabend tauschten sich ehemalige und aktuelle Freiwillige über ihre Zeit in Osteuropa beziehungsweise Deutschland aus. Dabei waren sich die Podiumsteilnehmer einig, dass der Freiwilligendienst ihr weiteres Leben sehr prägte. Neben den Praxiserfahrungen wurde besonders die Erweiterung des Blicks nach Osten, die Auseinandersetzung mit der eigenen Identität sowie ein gewachsenes Bewusstsein für politische und interkulturelle Themen hervorgehoben. Damit bestätigten die Freiwilligen die von ASF-Geschäftsführer Christian Staffa, in einem Einführungsvortrag formulierten Ziele von ASF im Hinblick auf den Freiwilligendienst in MOE.

Am Samstagvormittag stellte Uta Gerlant (ASF-Vorstandsmitglied) am Beispiel Polens und der Ukraine heterogene Geschichtskulturen dar und zeigte ihren Einfluss auf die politische Situation und die Freiwilligenarbeit vor Ort auf. Diese Überlegungen wurden bei einer anschließenden Podiumsdiskussion von Osteuropa-Experten besonders in Bezug auf die Entwicklungen in Russland diskutiert.

Am Nachmittag fanden verschiedene AGs zur Zukunft und zur stärkeren Einbindung des Freiwilligendienstes in die Universitäten statt. Am Ende der Tagung wurde an vielen Stellen der Wunsch geäußert, ein derartiges Treffen in Zukunft einmal jährlich zu veranstalten. Am Sonntag fuhren die TeilnehmerInnen mit vielen Eindrücken und Kontakten für zukünftige Zusammenarbeit wieder nach Hause.

ASF bedankt sich ganz herzlich bei der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung, Zukunft« für die Finanzierung dieser Tagung.

KATHRIN
PREYER

Teilnehmer und Teilnehmerinnen der Tagung im Gespräch über Möglichkeiten der Vernetzung ehemaliger Freiwilliger



Kathrin Preyer, 27 Jahre, war von April bis Juli Praktikantin im ASF-Büro und nahm 2005 am Sommerlager in Simferopol teil.

Kongress in Köln: »60 Jahre danach...«

SOLINES LARNAUD

Im Gespräch: Die ehemalige Freiwillige Ines Grau, die ehemalige Zwangsarbeiterin Alevtina Modestovna Schepotko und der Sohn des Besitzers der Fabrik Buch, auf dessen Gelände die ehemaligen Zwangsarbeiter leben mussten



Solines Larnaud, 25 Jahre, ist seit März 2005 Honorarkraft im Freiwilligenreferat für Frankreich.

Trotz der zahlreichen Gedenkveranstaltungen, Fernsehdokumentationen und der immer wertvoller, weil seltener werdenden Zeitzeugengespräche, gibt es dennoch viel Unbekanntes und Überraschendes sowie politische Handlungsoptionen, denen der Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte e.V. und Aktion Sühnezeichen Friedensdienste im Rahmen einer von ihnen organisierten Tagung genauer nachgehen wollten.

Die Veranstaltung, die »60 Jahre danach...« betitelt wurde, fand mit der großzügigen finanziellen Unterstützung der »Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft«, der Stiftung West-östliche Begegnung und der Evangelischen Kirche im Rheinland am 22./23. Juni 2005 in Köln statt. Die VertreterInnen von Organisationen und Überlebenden aus Israel, Polen, Russland, der Ukraine, Weißrussland und den USA tauschten sich nicht nur über das Thema Entschädigung, sondern auch über Altenhilfe, Freiwilligenarbeit und die je nationalen Gedenkkulturen aus.

Im Rahmen des Kongresses hatte ASF Projektpartner und ehemalige ZwangsarbeiterInnen und Überlebende eingeladen, bereits vor der Tagung zu den jeweiligen Zwangsarbeiterlagern zu fahren

und dort mit SchülerInnen und kommunalen VertreterInnen ins Gespräch zu kommen. So machten sich sechs Gruppen in Begleitung von ASF-Mitarbeitern und ehemaligen und aktuellen ASF-Freiwilligen auf den Weg nach

Dachau, Essen, Frankfurt am Main, Ingolstadt, Paderborn und Weimar. Dies erwies sich für manche als Spurensuche, für andere als Begegnungsreise. Von allen Seiten war die Begeisterung über die Empfindungen in den verschiedenen

Orten zu hören und es wurde für die Ermöglichung dieser Reise sehr gedankt, was in gewisser Weise beschämend, aber auch beglückend war.

Aus einer Fülle an Erlebnissen und Informationen, die bei diesem Projekt zu erfahren waren, sind uns drei besonders wichtig geworden. Erstens, dass die Entschädigung immer noch einige Gruppen überhaupt nicht in den Blick genommen hat, wie zum Beispiel die sowjetischen Kriegsgefangenen. Zweitens, dass die

Tatsache, dass Menschen insbesondere in Osteuropa Entschädigungen und die Aufmerksamkeit von Freiwilligen bekommen haben, ein Stück des gesellschaftlichen Tabus gebrochen hat. Ein Tabu, das zu sozialistischen Zei-



ten auf der Zwangsarbeit lastete, was nicht selten in eine zweite Verfolgung mündete. Die Arbeit der Freiwilligen hat damit einen kleinen Beitrag zur individuellen Menschenwürde und damit Demokratisierung beigetragen hat. Und drittens, dass noch immer so viele Geschichten unerzählt sind, die auch andere, die von verstörend brutalem Inhalt sind und manchmal mit einer irritierenden Begeisterung erzählt werden. Alles drei muss weiter bearbeitet werden.

Toepfer-Stiftung vergibt Preisgeld an ASF

Zur Förderung des deutsch-französischen Freiwilligenprogramms vergab die Alfred Toepfer Stiftung am 27. Mai 2005 9000 Euro Preisgeld an ASF. Die

Alfred Toepfer Stiftung F.V.S. ist eine gemeinnützige Stiftung, die sich um die Förderung der europäischen Einheit unter Wahrung der kulturellen Vielfalt und die Verständ-

igung zwischen den Völkern Europas bemüht. ASF freut sich über das Fördergeld und bedankt sich bei der Stiftung für die Unterstützung.



Den Förderpreis der Robert Bosch Stiftung nahmen entgegen (v.l.n.r.): Manuela Putz (Memorial Deutschland), Mirjam Appel (ASF-Leitungskreis), Alexander Kalich (Memorial Perm), Uta Gerlant (ASF-Vorstand), Robert Latypov (Memorial Perm), Nicola Schieweck (ASF-Referentin für Sommerlager)

Preis für ASF-Sommerlager in Perm

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste und die demokratische Jugendinitiative Perm, die Jugendorganisation von Memorial Perm, erhielten am 23. Juni den ersten Preis der Robert Bosch Stiftung für geleistetes deutsch-russisches Bürgerengagement. Der Preis wurde für die gemeinsamen Sommerlager in Perm vergeben und in der Russischen Botschaft Berlins von Uta Gerlant, Mitglied des ASF-Vorstand, und Alexander Kalich, dem Leiter der Jugendorganisation von Memorial Perm, entgegengenommen. ASF freut sich sehr über die Anerkennung der geleisteten Arbeit in Perm.

Welche Kosten entstehen bei Beurkundung von Testament und Erbschein

Bekanntlich kann ein Testament auch handschriftlich aufgesetzt werden. Aus Kostengründen scheuen nicht wenige deshalb den Gang zum Notar. Ein notarielles Testament hat jedoch vielerlei Vorteile: Der Testierende gewinnt größerer Rechtssicherheit darüber, dass sein letzter Wille auch in wirksamer Form und mit wirksamem Inhalt fixiert wurde. Er erhält eine Beratung vom Notar über Gestaltungsmöglichkeiten, Alternativen und Risiken zu den angedachten testamentarischen Verfügungen. Für Beratungsfehler haftet der Notar unter Umständen noch den Erben. Da sich der Notar von der Testierfähigkeit des Erblassers überzeugen muss, sinken auch die Möglichkeiten späterer Anfechtung.

Die Gebühren eines notariellen Testaments sind gesetzlich in der Kostenordnung festgelegt und nicht verhandelbar. Betrifft das Testament die ganze Erbfolge

und nicht nur Anordnungen zu einzelnen Gegenständen so bemessen sich die Gebühren nach dem Reinvermögen des Testierenden zum Zeitpunkt der Testamentserrichtung. Dabei sind Schulden in Abzug zu bringen. Bei einem Vermögen von 50.000 € belaufen sich die Kosten auf circa 160 €, bei 100.000 € betragen sie circa 250 €, bei 250.000 € circa 500 € und bei 500.000 € circa 950 € (Eine volle Gebühr zuzüglich Schreibauslagen und Mehrwertsteuer). Errichten Eheleute gemeinsam ein Testament oder wird ein Erbvertrag geschlossen, sind die Gebühren doppelt so hoch (zwei volle Gebühren). Wesentlich höher sind die Kosten, wenn zunächst ein Rechtsanwalt um den Entwurf eines Testaments gebeten und dieses hiernach von einem Notar beurkundet wird. Derartiges macht nur in Ausnahmefällen Sinn, zumal die Gebühren des Notars auch

die Erstellung eines Entwurfes einschließlich etwaiger Abänderungen beinhalten. Der Notar hat das Testament bei dem Amtsgericht seines Bezirkes zur amtlichen Verwahrung zu geben, wofür nochmals Kosten in Höhe von einem Viertel der oben genannte Beträge anfallen.

Bei Eintritt des Erbfalles muss das Testament vom Nachlassgericht eröffnet werden. Hierbei fällt eine halbe Gebühr nach dem Nachlasswert an. Dies gilt auch, wenn mehrere Testamente gleichzeitig eröffnet werden. Soll ein Erbschein erteilt werden, fallen für dessen Beurkundung nach der Kostenordnung eine volle Gebühr für den Notar und eine volle Gebühr für das Nachlassgericht an. Der Erbschein ist jedoch unter Umständen verzichtbar, wenn Banken oder Grundbuchämtern ein notarielles Testament mit dem Eröffnungsvermerk des Nachlassgerichtes vorgelegt werden kann.

JOACHIM
GARBE - EMDEN



Rechtsanwalt und Notar
Joachim Garbe-Emden,
Berlin

»Ich verdanke ASF so viel« Hardy Kluge verfasst sein Testament zu Gunsten von ASF

Wenn der inzwischen 65-Jährige Hardy Kluge auf sein Leben zurückblickt, so ist ASF daraus nicht wegzudenken. Im Jahr 1965 machte er mit ASF einen Freiwilligendienst in Israel und arbeitete für ein Jahr in einem Kibbuz. Anschließend enga-

gierte er sich für fast 20 Jahre im Entwicklungsdienst in verschiedenen Ländern. Wichtig war für ihn dabei stets das Engagement gegen Gewalt, Unterdrückung und Armut. Auch Solidarität mit den Ärmsten dieser Welt war ihm immer ein persönliches Anliegen.

Beispielsweise versprach er einem Straßenkind aus Kolumbien, dessen Ausbildung in Europa zu finanzieren. Und er hielt sein Wort – der inzwischen erwachsene junge Mann macht zurzeit mit Unterstützung von Kluge eine Ausbildung in Großbritannien. Im Jahr 1990 übernahm Kluge eine neue Aufgabe und wurde für ASF Projektkoordinator in Großbritannien. Damit konnte ASF einen hervorragenden Mitarbeiter mit viel Lebenserfahrung gewinnen. Insgesamt zehn Jahre betreute und unterstützte Kluge die jungen Freiwilligen. »Ich verdanke ASF so viel«, sagt er heute rückblickend, »mein Leben wurde dadurch in eine andere Bahn gebracht«. Diese Erfahrung veranlasste ihn, sein Testament zu Gunsten von ASF zu verfassen: »Ich möchte meine Familie versorgt wissen, aber auch ASF soll einen Teil bekommen.«

KATRIN
STEGMÜLLER



Hardy Kluge im Jahr 2001 im Armenviertel Bogota Cartudio in Kolumbien

Katrin Stegmüller,
42 Jahre, ausgebildete
Sozialpädagogin und
Fundraiserin, ist seit
August 2004 Referentin
für Fundraising bei ASF.

Geh denken – Gay denken!

ASF erinnerte an Verfolgung Homosexueller vor 60 Jahren

Beim diesjährigen Christopher Street Day am 25. Juni in Berlin, beteiligte sich ASF mit einer Gedenkaktion. In Zusammenarbeit mit dem Schwulen Museum erinnerte ASF unter dem Motto »Geh denken! Gay denken!« an die Verfolgung Homosexueller im Nationalsozialismus.

Die Gruppe bestehend aus den Deutschland-Freiwilligen, vielen ehemaligen Freiwilligen und Freunden von ASF lief mit einem Tuch in Form eines »Rosa Winkels« beim Demozug mit und trug Tafeln mit Biographien und Fotos von Menschen, die in der NS-Zeit verfolgt wurden oder sich besonders für die Rechte von Schwulen und Lesben engagiert haben.



Neben den 30 ASF-AktivistInnen beteiligten sich auch zahlreiche Besucher des CSD – darunter auch die Ministerin für Verbraucherschutz Renate Künast. »Gerade beim CSD finde ich es wichtig, an die homosexuellen Opfer des Nationalsozialismus zu gedenken« meinte ein Geschichtslehrer, der die ganze Zeit mitlief.

Allgemein stieß unsere Aktion auf sehr viel Zustimmung, immer wieder applaudierten Menschen.

Beim CSD und am Lesbisch-Schwulen Straßenfest, das in der Vorwoche stattfand, präsentierte ASF Buttons und T-Shirts mit dem Regenbogen-Ampelmännchen, dessen Farben international als Symbol für die Rechte von Schwulen und Lesben stehen.

Das legendäre ostdeutsche Ampelmännchen im Regenbogen Outfit kam bei den Besuchern gut an. Durch den Verkauf der Produkte im Rahmen der Kampagne, die von der Ampelmänn GmbH unterstützt wird, hat sich der CSD für ASF auch finanziell gelohnt.

Wir bedanken uns bei den ASF-Freiwilligen, Mitarbeitern, Mitgliedern und Freunden von ASF für die Unterstützung und beim Schwulen Museum für die Mitgestaltung der Gedenkaktion.

Die Produkte zur »Geh Denken!«-Kampagne mit dem Regenbogen-Ampelmännchen können Sie mit dem beiliegenden Formular in diesem Heft oder unter www.asf-ev.de bestellen.

Endspurt zum Spendenmarathon für ASF

Unterstützen Sie den ASF-Läufer Matthias Korn beim Berlin-Marathon

Am 25. September geht der Kunsthistoriker Matthias Korn beim Berlin-Marathon für Aktion Sühnezeichen Friedensdienste (ASF) an den Start. Sein Ziel: möglichst viele Spenden für ASF zu »erlaufen«. Das Prinzip: Er läuft - und Sie spenden pro Kilometer mindestens 100 Euro zur Unterstützung unserer Freiwilligen und ihres Engagements für Frieden, Versöhnung und Menschenrechte.

Lesen Sie hier, wie es zur Spendenaktion kam und was unseren »Marathonmann« für ASF auf die Straße gehen lässt:

zeichnen: Du schwitzt beim diesjährigen Berlin-Marathon am 25. September 42 Kilometer lang für ASF. Warum tust du das?

Matthias Korn: Ich verbinde zwei Bereiche, die mir viel bedeuten. Ich laufe mit großer Begeisterung und sammle gerne Spenden für eine gute Sache. Der gute Zweck ist in diesem Fall ASF. Mein Kontakt zu »Sühnezeichen« entstand durch das Ausstellungs-

projekt mit dem Maler Yehuda Bacon im Herbst 2004 in Berlin. Über die gute Kooperation zwischen ASF und der Präsenz Galerie, in deren Auftrag ich die Künstlerreise organisierte, lernte ich nicht nur die Menschen, die sich dort engagieren, sondern auch die Inhalte von ASF kennen. Was ist dir an ASF besonders wichtig?

Das Generationen verbindende in der Arbeit von ASF finde ich faszinierend. Gerade das Thema »Holocaust« will von den unmittelbar Betroffenen an die nachfolgenden Generationen weitergegeben werden. Persönliche Begegnungen zwischen den Generationen sind dabei besonders wichtig. ASF bietet dafür einen guten Rahmen. Für diese Arbeit schwitze ich gerne.

Worin besteht für dich die Faszination, Marathon zu laufen?

Wenn ich das genau wüsste... Sicherlich ist der Impuls zu laufen bei mir schon immer irgendwie da. Vielleicht spielt auch die Suche nach den eigenen Gren-

zen eine Rolle. Aber, das wichtigste ist: Ich laufe den Marathon, von Kilometer 1 bis 42,195. Ich selbst bin also das Maß, nicht irgendeine Zeit- oder sonstige Vorgabe von außen.

Worauf muss man beim Marathon besonders achten?

Bei meinem zweiten Marathon habe ich den klassischen Anfängerfehler gemacht und bin das Ganze viel zu schnell angegangen. Das rächte sich ab Kilometer 30 bitter. Marathon laufen ist eine gute Übung, sein eigenes Maß zu finden.

An was denkt man bei Kilometer 35?

Wo ist denn der Spaß vom Anfang geblieben? Der war doch da. Und jetzt: Schluss mit lustig. Aber dann sage ich mir: das ist doch nur einmal ins Nachbarland und zurück, das schafftst du jetzt! Auf den letzten Kilometern wird der Kopf wichtig, der bringt dich zum Ziel.

Vielen Dank und in jeder Hinsicht viel Erfolg!

Spenden Sie unter dem Stichwort »ASF-Spendenmarathon 2005« auf das ASF-Konto 31137-00 bei der Bank für Sozialwirtschaft Berlin, BLZ 100 205 00.

Weitere Informationen bei Johannes Zerger, Telefon 030/28395-203, zerger@asf-ev.de.

Noch bis
15. Oktober 2005
Mitmachen + Gewinnen

Frieden braucht IHR Engagement!

FörderMitglied werd/ben und Professional-Notebook gewinnen!

Um die Freiwilligendienste der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste (ASF) langfristig abzusichern und weiter ausbauen zu können, brauchen wir zusätzliche Fördermitglieder, die unsere Arbeit regelmäßig unterstützen. **Sie als zeichen-EmpfängerIn können uns dabei helfen. Werben Sie ein neues Fördermitglied oder werden Sie selbst Fördermitglied.** Der Mindestbeitrag für fördernde Mitglieder beträgt 70,- Euro pro Jahr (für Nicht-VerdienerInnen ermäßigt 35,- Euro pro Jahr).

Alle gewinnen!

Durch Ihr Engagement helfen Sie, dass ASF sich politisch stärker einmischen und mehr Menschen die Gelegenheit zu einem freiwilligen Friedensdienst bieten kann. Beides ist ein wichtiger Beitrag zu einer friedlicheren Welt, von der alle profitieren.

Mit etwas Glück gewinnen auch Sie. Denn unter allen, die sich bis zum 15. Oktober 2005 an der Werbung von Fördermitgliedern beteiligen, verlosen wir ein hochwertiges Lifebook E Serie von Fujitsu Siemens. Das Besondere: An der Verlosung nehmen alle teil, die sich für ASF engagieren, WerberIn und GeworbeneR, wer sich selbst entschieden hat und wer überzeugt werden musste. Wer zwei, drei oder mehr Fördermitglieder wirbt, erhöht seine Gewinnchancen um 100, 200 oder mehr Prozent, weil für jedes neue Fördermitglied eine Gewinnkarte an der Verlosung teilnimmt. Selbstverständlich gelten die Bedingungen auch für alle, die sich bis Mitte Oktober entscheiden, aktives Mitglied zu werden.

Was tun?

Trennen Sie die das Falblatt im Mittelteil dieses Heftes heraus und los geht's! Überzeugen Sie Ihre FreundInnen, Verwandten, ArbeitskollegInnen, Bekannten – fragen Sie einfach alle, von denen Sie glauben, dass sie das Anliegen von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste unterstützen würden.

Weitere Falblätter können Sie bestellen bei Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, Auguststr. 80, 10117 Berlin, Tel. 030/28395-184.

Noch Fragen?

Bei Fragen wenden Sie sich bitte an: Johannes Zerger, Referent für Öffentlichkeitsarbeit der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste. (Telefon: 030/28395-203, Fax: 030/28395-135, E-Mail: zerger@asf-ev.de)

Das Professional-Lifebook E Serie wurde uns freundlicherweise kostenlos zur Verfügung gestellt von Fujitsu Siemens. Herzlichen Dank! Mitmachen können alle Freundinnen und Freunde der ASF-Arbeit, die bis 15. Oktober 2005 selbst Fördermitglied geworden sind oder ein neues Fördermitglied geworben haben (Eingang der Einzugsermächtigung des neuen Fördermitglieds, Poststempel zählt). MitarbeiterInnen der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V. können nicht teilnehmen. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Professional-Lifebook E Serie

Die LIFEBOOK E Serie bietet eine mobile Leistung, die selbst einem leistungsstarken Desktopmodell Konkurrenz macht. Das Notebook ist mit einem 15" TFT Display und einer hervorragenden Grafiklösung für exzellente Bildqualität ausgestattet. Durch das modulare Konzept können Sie das Notebook beliebig erweitern.

Elegantes, High-end Design

- Neuste Intel® Centrino™ Mobile Technologie for Seamless Connectivity, lange Akkulaufzeit und hohe Leistung
- Touchpad und Touchstick
- umfassende Sicherheitsfunktionen
- Ideale Verbindung durch Wireless LAN und Bluetooth (optional)

